Die kriegstreiberische chinesische Politik und Hua Guo-fengs Besuch auf dem Balkan („Artikel aus „Zëri i Popullit") S.10/11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 37, 15. September 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Kriegsrecht in Persien — Weg mit dem faschistischen Schah-Regime

Massenmord an iranischer Bevölkerung!

Kriegsrecht über Teheran und elf weiteren Großstädten. Generalstreik in der iranischen Hauptstadt. Bewaffnete Massendemonstrationen in fast allen Großstädten Teherans. Einsatz von Militär gegen die werktätige Bevölkerung, Hunderte von Toten und Verletzten. Das ist die „Demokratisierung", die das Schah-Regime den iranischen Völkern versprochen hat. Im Iran herrscht Bürgerkrieg. — Ein Augenzeuge berichtet:

Am 7. 9. tritt die Bevölkerung von Teheran in den Generalstreik. Einen Tag später läßt das Regime jede Maske fallen: Kriegsrecht wird über Teheran und elf anderen Städten verhängt! Daraufhin sammeln sich zwei Millionen Menschen in der Stadt zu Kundgebungen gegen das Regime.



Schwerbewaffnete Soldaten gehen gegen iranische Demonstranten vor, die den Sturz des Schahs fordern.

Von meinem Fenster aus kann ich sehen, wie auf dem gegenüberliegenden Platz sich Tausende von Menschen sammeln. Sie rufen Parolen gegen den Schah, gegen seinen verhaßten Familien-Clan, gegen die Regierung. Ein Kino, das der Schah-Familie gehört, beginnt zu brennen. Panzer fahren auf, Soldaten marschieren an. Ein Schrei der Empörung geht durch die Menge. Steine fliegen — und dann beginnt eine entsetzliche Schlacht. Mit Maschinengewehren halten die Soldaten in die Menge. Handgranaten explodieren mitten unter den Demonstranten. Hubschrauber fliegen im Tiefflug über die Menschenmassen und eröffnen das Feuer aus Bordkanonen. Die Demonstranten wehren sich mit dem Mut der Verzweiflung, errichten Barrikaden; auch Schüsse fallen aus dem Zug.

Gegen Abend bietet sich ein entsetzliches Bild. Der Platz ist eine einzige Blutlache. 400 bis 500 Menschen liegen auf der Straße, tot, verletzt. Die meisten sind Frauen: Greisinnen, junge Mädchen. Sie waren an der Spitze marschiert, in der Hoffnung, die Armee werde nicht auf unbewaffnete Frauen schießen. Stundenlang hört man Schreie und Stöhnen. Angehörige laufen über das Schlachtfeld, versuchen, ihre Toten und Verletzten zu bergen. Dann kommen Armeelastwagen. Wie Vieh werden die Leichen, die Verwundeten auf die Wagen geladen und abgekarrt.

Auf allen größeren Plätzen war es an diesem Tag zu ähnlichen Auseinandersetzungen gekommen. Menschenmassen hatten versucht, das Parlament zu stürzen. Teheran brennt. Überall niedergewalzte Barrikaden. Die Presse spricht von 97 Toten. Allein auf dem Platz vor meinem Haus jedoch war mindestens die doppelte Anzahl ermordet worden. Es müssen Tausende gewesen sein, die die Armee an diesem Tag niedergemetzelt hatte.

Diese Toten werden gerächt werden! Auch wenn die Regierung behauptet, in der Hauptstadt sei wieder Ruhe eingekehrt: Unser Kampf geht weiter!

Empörung über Polizeistaatmethoden

Willy Peter Stoll kaltblütig erschossen

Am letzten Mittwoch gegen 18 Uhr schossen zwei unauffällig gekleidete Polizeibeamte in Düsseldorf einen jungen Mann nieder, der gerade in einem Restaurant zu Abend aß. Der junge Mann wurde schwerverletzt in ein Krankenhaus gebracht, wo er gegen 19.40 Uhr starb. — Jedoch erst gegen 20.30 Uhr — fast zwei Stunden nach den tödlichen Schüssen — stand fest, wen die Polizisten da eigentlich kaltblütig „niedergestreckt" hatten: den Revolutionär Willy Peter Stoll, der von den westdeutschen Behörden mit dem Ableben von Generalbundesanwalt Buback, Bankier Ponto und Arbeitgeberpräsident Schleyer in Verbindung gebracht wird.

Was war in dem Düsseldorfer Restaurant geschehen? — Eine Reihe von Falschmeldungen, widersprüchlichen Darstellungen, Gerüchten geisterte zunächst durch die Massenmedien. Die Polizeibehörden schwiegen. Erst am Mittag des folgenden Tages — 20 Stunden nach den Schüssen — präsentierten sie eine „Darstellung": Stoll hätte, als die Beamten seine Personalien überprüfen wollten, einen Revolver gezogen; die Beamten hätten versucht, ihm den Revolver aus der Hand zu schlagen, und erst, als dieser Versuch fehlschlug, in Notwehr geschossen.

Diese in 20 Stunden erarbeitete Darstellung erwies sich schon bei flüchtiger Betrachtung als zweifelhaft: Wenn Willy Peter Stoll den Revolver in der Hand hatte — und ihn trotz des Zuschlagens der Polizisten in der Hand behielt (!) —, warum hat er nicht geschossen? Ein Tag nach dieser Darstellung wurde dann erklärt, daß die Vorgänge im Restaurant immer noch unklar wären, daß insbesondere nicht feststünde, ob Stoll die Waffe überhaupt gezogen hätte. Aber einen Tag vorher wußte man's! Die Darstellung der Polizei hatte doch offensichtlich nur den Zweck, eine „Notwehrsituation" zu konstruieren, um das feige und hinterhältige Handeln der

Fortsetzung auf Seite 2

Wußten Sie schon...?

...daß es weltweit 300 bis 400 Millionen Arbeitslose gibt? Das ist jedenfalls die Größe des internationalen Arbeitslosenheeres, wie sie der Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vermutet.

***

...daß jährlich 15,5 Millionen Kinder vor Erreichen ihres fünften Lebensjahres an Unterernährung sterben? Das heißt, jeden Tag sterben 1.700 Kinder. Oder anders ausgedrückt: Alle zwei Sekunden wird ein Kind das Opfer des Hungertodes (Angaben von der UNICEF). 15 Millionen dieser Kinder leben und sterben in den sogenannten Entwicklungsländern. 500.000 in den „modernen" Industriestaaten! Gibt es eine furchtbare Anklage gegen die weltweite Herrschaft des Imperialismus?

Metzeler macht zu

2.300 Kollegen von Stillegung bedroht



Das Münchner Metzeler-Werk, das im nächsten Jahr stillgelegt werden soll.

Was seit Wochen als Gerücht im Betrieb umging, scheint jetzt sicher: Die Metzeler Kautschuk AG (100prozentige Tochtergesellschaft des Chemie-Konzerns Bayer) schließt ihr Münchner Werk. 2.300 Arbeiter und Angestellte verlieren ihren Arbeitsplatz.

Am 8.9.78 beschloß der Bayer-Aufsichtsrat in Leverkusen, daß die Reifenproduktion stillgelegt wird und die Herstellung der noch rentablen Motorradreifen in das Odenwalder Werk verlegt wird. Begründung der Kapitalisten: das Münchner Werk sei zu klein, nicht leistungsfähig genug, der internationalen Konkurrenz nicht gewachsen. Mit anderen Worten: es bringt den Herren nicht genug Profit. Mit diesem Beschluß hat aber die Ungewißheit kein Ende! Der Aufsichtsrat vertagte die Entscheidung, ob die Abteilungen Freizeit und Gewebebeschichtung in München bleibt, auf den 24. Oktober.

Angesichts dieser unverschämten Manöver der Bayer-Bosse muß auch die IG Chemie zugeben, daß es sich da um eine Hinhaltetaktik handelt. Ihre Antwort darauf aber heißt nicht, die Kollegen informieren, zusammenschließen, den Widerstand gegen die Entlassungen organisieren. Nein, ihr Rezept erfährt die Presse: Wenn's am Umweltschutz läge, müsse eben die Stadt München ein geeignetes Ersatzgelände zur Verfügung stellen (am Umweltschutz liegt's zwar nicht, aber das sagen die Gewerkschaftsbonzen keinem). Und der Betriebsratsvorsitzende Staber? Auch er gibt Pressekonferenzen: Er hoffe auf die Hilfe der bayrischen Staatsregierung, verkündet er dort. Aber „hier kann nur noch ein Wunder geschehen".

Nun, sein „blaues Wunder" wird er vielleicht noch erleben! Denn — so unglaublich es klingt — bis zum 8.9. hatten die Metzeler-Kollegen weder von der Geschäftsleitung noch vom Betriebsrat oder der Gewerkschaft offiziell etwas über die Stillegung oder die Entlassungen erfahren. Darüber konnten sie bestenfalls in der Tagespresse lesen. Die Belegschaft ist verunsichert, verärgert und empört. Bosse und Bonzen sehen dem 15.9. mit einigem Unbehagen entgegen. Denn da ist Betriebsversammlung!

Willy Peter Stoll kaltblütig erschossen

Fortsetzung von Seite 1

Polizei zu rechtfertigen und zu beschönigen!

Was für ein Revolver war es eigentlich, den Stoll gezogen haben soll? War es eine „Parabellum“, wie die Polizei behauptete, oder eine „Smith and Wesson“, wie es in den Erklärungen des Innenministeriums hieß? Zwei Tage nach dem Tode Stolls hatten sich die Herren immer noch nicht geeinigt!

Mysteriös ist auch die Sache mit dem Feuergeben, von der zwar das Innenministerium, nicht aber die Polizei sprach. Demnach hätte die Polizei Stoll zunächst um Feuer für eine Zigarette gebeten, danach erst „Hände hoch!“ gerufen. Hatte Stoll auf die Frage nach dem Feuer vielleicht hilfsbereit nach seiner Jackentasche gegriffen und war etwa gar mit dieser Handbewegung die „Notwehrsituation“ gegeben? Ist der Trick mit dem Feuer — der laut „FAZ“ zum „Prinzip der Eigensicherung gehört, das den Beamten seit einiger Zeit besonders eingeschärft wird“ — etwa eine neue Hinrichtungsart?




„Terroristen“-Hatz mit Fahndungsflugblättern: Am liebsten hätten sie ein Volk von Denunzianten.

Über die genaue Todesursache erfuhr man zunächst wenig: Vier Schüsse wären es gewesen, die Willy Peter Stoll in Hand, Arm, Schulter und in die linke Brustseite getroffen hätten. Hätte Stoll an ihnen sterben *müssen*? Warum mußte Stoll noch eine halbe Stunde lang blutend im Restaurant liegen bleiben, ehe der Notarztwagen ihn in die Klinik fuhr, die nur fünf Autominuten entfernt lag? **Sollte er verbluten?** Wenn man bedenkt, mit welcher zynischen Offenheit von Repräsentanten dieses Staates die Vernichtung ihrer politischen Gegner gefordert wird; wenn man bedenkt, wieviele politische Gefangene in den Gefängnissen unter dunklen Umständen ihr Leben lassen mußten, erscheint einem dieser Gedanke nicht abwegig. — Die Obduktion ergab, daß Stoll an „inneren Blutungen“ gestorben war.

Willy Peter Stoll mußte sterben, weil er ein Feind der westdeutschen Kapitalisten und ihres Staatsapparates war, weil er eintrat für Freiheit und Gerechtigkeit. Sein Tod hat daher die Empörung vieler werktätiger Menschen unseres Landes hervorgerufen. „Das ist doch Mord, was die mit dem Stoll gemacht haben“, sagte spontan die Verkäuferin S. aus Witten. „Mord“ war auch die Meinung des Kollegen, mit dem wir vor dem Tor eines Dortmunder Stahlbetriebes sprachen. Nach dem Tode Stolls versuchten die Verantwortlichen dieses Staates wieder verstärkt, die Gefühle der Werktätigen für ihre „Terroristenhatz“, ihre „Polizeiaufrüstung“, ihre Faschisierung zu gewinnen. Doch der triumphierende und sich überschlagende Ton ihrer Massenmedien verrät nur die Angst, die ihnen in den Knochen steckt — die Angst vor dem „Zugriff“ der „Terroristen“, vor allem aber die Angst vor dem immer spürbareren Zorn der werktätigen Bevölkerung. Da schreiben sie: Stoll, der zwei Tage nach dem Jahrestag der Entführung Schleyers erschossen wurde, sei zu einem „symbolischen Zeitpunkt“ gestorben; sein Tod sei „Rache für Schleyer“.

Haben denn die Arbeiter und Angestellten damals Tränen vergossen? Seit wann rührt sie das persönliche Schicksal ihrer Ausbeuter und Unterdrücker? Sie haben ganz andere Probleme! „Keine Feier für Schleyer!“ hieß es in einem Hamburger Betrieb vor einem Jahr anläßlich des Schleyer-Begräbnisses, und dieser Aufruf drückte die Stimmung im ganzen Land aus. Und die soll heute anders sein?

Wo die Sympathiewerbung versagt, da soll das Mittel der Drohung und Einschüchterung helfen. „Meistgesuchter, gefährlichster Terrorist“, fällt die bürgerliche Presse über den toten Stoll her. „Bewaffneter Killer“, „Wahnsinniger“. Damit soll der Eindruck erweckt werden, als schwebe die „Bedrohung durch den Terrorismus“ über der ganzen Bevölkerung. Aber seit wann besteht denn die westdeutsche Bevölkerung nur aus Generalbundesanwälten, Bankiers und Arbeitgeberpräsidenten, aus Kapitalisten, Regierungs- und Polizeichefs und sonstigen hohen Tieren? Das ist doch lächerlich!

Was die Bevölkerung **allerdings** bedroht, das ist der Terror von offizieller Seite, die zunehmenden Polizeischikanen einer immer umfassender sich auswirkenden Jagd nach sogenannten „Terroristen“! „Das hätte doch genauso mich treffen können!“ sagte der oben erwähnte Kollege. Und er hat recht! Wieviele wurden schon als vermeintliche „Terroristen“ erschossen? Denken wir nur an den hessischen Landwirt Schlaudraff, den ein Fahnder des Bundeskriminalamtes „niederstreckte“! Wieviele wurden schon verletzt? Wieviele wurden verdächtigt, überprüft, festgehalten, verhaftet und damit — in Lebensgefahr gebracht? — Nur einen Tag vor der Erschießung Willy Peter Stolls war die Liedermacherin Inga („Inga und Wolf“) für Adelheid Schulz gehalten und mit ihren Kollegen aus einem Restaurant (!) bei Esslingen heraus von Polizisten mit gezogener Pistole verhaftet worden! — Allein in Düsseldorf gibt es nach Aussage des dortigen Polizeipräsidenten bis zu zehn Hinweise solcher Art! Man kann nur von Glück sagen, daß es bisher nicht zu noch mehr Erschießungen gekommen ist!

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen die „Bedrohung durch den Terrorismus“ wird eine polizeistaatliche Aufrüstung ungeheuren Ausmaßes betrieben. Die ständige Vergrößerung des Polizeiapparates, die Bewaffnung der Polizei auch mit schweren Waffen, die Ausweitung ihrer Befugnisse, die Schaffung entsprechender Gesetze, die Bespitzelung und Überwachung Unliebsamer, die Erfassung der Daten von Millionen von Menschen — das alles dient nicht nur der Bekämpfung einer Handvoll „Terroristen“. Dazu ist es einige Nummern zu groß! Was wir heute in der Bundesrepublik erleben, ist Faschisierung, ist die Vorbereitung des westdeutschen Staates der Kapitalisten, des Staates der Generalbundesanwälte, Bankiers und Arbeitgeberpräsidenten auf kommende große Klassenschlachten. Denn daß die werktätige Bevölkerung das herrschende System der Unterdrückung und Ausbeutung, der Arbeitslosigkeit und wachsenden Kriegsgefahr nicht ewig ertragen will, läßt sich an ihren zunehmenden Protesten, Streiks und Demonstrationen immer deutlicher herauslesen.

Der wahre Inhalt der „Terroristenfahndung“ — nämlich Einschüchterung und Unterdrückung der Bevölkerung — zeigte sich auch an den Ereignissen und offiziellen Erklärungen nach dem kaltblütigen Todesschuß. Noch am Mittwochabend kam es in Düsseldorf zu der größten Fahndungs- und Polizeiaktion in der Geschichte der Stadt: Kurz nach den Schüssen waren bereits 800 Polizisten in Uniform und 80 in Zivil im Einsatz. Sie durchsuchten acht Wohnkomplexe — ca. 800 Wohnungen — und die Parkhäuser. Ein Haus wurde auf die Meldung hin, es befänden sich „Verdächtige“ darin, von GSG-9 in Stahlhelmen und mit Schnellfeuergewehren gestürmt. Auf den Ausfallstraßen wurden Tausende von Fahrzeugen angehalten und durchsucht. „Wir werden die Fahndung bis in den letzten Winkel ausdehnen“, drohte NRW-Innenminister Hirsch.

Auch in anderen Teilen der Bundesrepublik kam es zu Fahndungsmaßnahmen. Beispielhaft ist ein Fall aus Darmstadt. Hier besetzten am letzten Donnerstag Polizisten für ca. zwei Stunden den Verwaltungstrakt der HEAG (Hessische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft) und durchschnüffelten die Kundenkartei.

„Geschenk des Himmels“ nannte die „Süddeutsche Zeitung“ den Tod Willy Peter Stolls. Und in ähnlich widerlicher und faschistischer Manier verbreiteten sich die Massenmedien überhaupt über den Tod des Revolutionärs. Überalls wurden die tödlichen Schüsse vom Mittwochabend als „vorbildlich“ herausgestellt, als „Heldentat“ und als „Modellfall für die Lehrbücher der Polizei“. Den Todesschützen wurde Auszeichnung und Beförderung in Aussicht gestellt. Und während die Verantwortlichen es nicht für nötig befanden, die Angehörig[e] über den Tod ihres Sohnes, Mann[es] und Vaters zu informieren, erhob[en] sie nur um so lauter die Forderun[g] nach noch mehr Polizeistaat, na[ch] noch mehr Fahndungsterror, na[ch] noch freierem Schußfeld gegenüb[er] der werktätigen Bevölkerung.

Der Chef der NRW-Polizeig[e]werkschaft, Schröder, für den die g[e]genwärtigen Polizeimaßnahmen noc[h] „Kindergarten“ sind, fordert in eine[m] Interview mit der „Welt am Sonntag“: „Wir müssen klotzen, nicht klecker[n]. Wir haben verdammt hart einzuste[i]gen in die Terroristenfahndung.“ Und: „Das angestrebte Ziel: ein Pol[i]zist auf 400 Einwohner reicht ... nich[t] mehr, es müßte ein Polizist auf 20[0] Bürger sein.“ Und: „Die Bürger mü[s]sen sich daran gewöhnen, daß die Po[li]zei in diesen Zeiten ... gezielter i[n] Hinsicht auf ihre Eigensicherung ar[]beitet.“ — Siehe „Modellfall“ Düssel[]dorf!

Schröder steht mit seinen Vorste[l]lungen nicht allein. Inzwischen ist be[]kannt geworden, daß die Bundesrepu[]blik im Jahr 1979 1,5 Milliarden DM für „Innere Sicherheit“ ausgeben wi[rd] (Länderausgaben nicht mitgerech[]net). Daß es sich bei dieser „Innere[n] Sicherheit“ aber nicht um die Siche[r]heit der werktätigen Bevölkerun[g] Westdeutschlands handelt, hat de[r] empörende Tod Willy Peter Stolls m[it] allen seinen polizeilichen und offizie[l]len Begleiterscheinungen deutlich be[]wiesen.

„Meine Damen und Herren, schon wieder hat einer dieser Fanatiker seinem Leben ein Ende gesetzt um unseren Rechtsstaat zu provozieren. Er bediente sich dabei eines 18 cm langen Revolvers und eines 1,82 m großen Beamten ...!“

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Offen gesagt ...

„Symbolik des Ortes“

Als Willy Peter Stoll kaltblütig erschossen wurde, freute sich die bürgerliche Presse: Er sei auch noch zu einem „symbolischen Zeitpunkt“, dem ungefähren Jahrestag der Schleyer-Entführung, verblutet. — Nun hat der Tod Willy Peter Stolls auch für gerecht denkende und freiheitsliebende Menschen seine Symbolik — und es ist insbesondere die Symbolik des Ortes, die einem bitter auffällt.

Die tödlichen Kugeln trafen Willy Peter Stoll in einem Restaurant der Düsseldorfer Innenstadt. Die Düsseldorfer Innenstadt ist es auch, wo seit Jahren ein seltsamer, jedoch für westdeutsche Verhältnisse ganz gewöhnlicher Prozeß stattfindet: der Majdanek-Prozeß. Da sitzen Schwerstverbrecher, SS-Leute, die im KZ Majdanek eineinhalb Millionen Menschen auf bestialische Weise ermordet haben. Sie sitzen und verfolgen in entspannter Atmosphäre die Verhandlung, um dann am Nachmittag oder Abend nach Hause zu gehen, in die Gemütlichkeit ihrer Privatwohnungen, ungehindert und als freie Leute. Da gibt es keine Polizisten, die sie kontrollieren würden; da sind keine Maschinenpistolen auf sie gerichtet, und „gezielte Todesschüsse“ brauchen sie schon gar nicht zu fürchten! Sie haben junge Frauen in Kloakengruben ertränkt; sie erschossen an einem einzigen Tag 15.000 jüdische Häftlinge und ließen dabei Tango- und Walzerweisen spielen; sie hetzten ihre Doggen auf Gefangene und töteten Kinder in Feuergruben. — Keiner der Richter, keiner der Staatsanwälte, keiner der Prozeßberichterstatter der bürgerlichen Presse aber würde sie je als „Terroristen“ bezeichnen.

Das Krankenhaus, in dem Willy Peter Stoll starb, liegt ebenfalls in der Düsseldorfer Innenstadt. Mittlerweile ist auch der Majdanek-Prozeß in ei[n] Krankenhaus umgezogen. Einer de[r] Richter ist erkrankt. Ein Pressefot[o] zeigt ihn liegend auf einer Bahre; i[m] Hintergrund sind Anwälte und Ange[]klagte zu sehen — lachend. Sie habe[n] Grund zu lachen. Denn ob der Majda[]nek-Prozeß überhaupt zu Ende ge[]führt werden wird, ist fraglich. Z[u] groß ist noch seine voraussichtlich[e] Dauer; zu viele Gründe — Krankhei[t] und Verfahrensfragen — gibt es, di[e] ihn zum Platzen bringen können. — Und dann werden die faschistische[n] Massenmörder, die ohnehin in Freiheit leben, auch noch von de[n] lästigen Prozeßterminen befreit sein.

Der Ort, an dem Willy Peter Sto[ll] starb, hat unbestreitbar seine Symbo[]lik. Er wirft ein grelles Licht auf die[,] die jetzt ihren Haß und ihre Hetze wi[e] aus Kübeln über den Toten gießen[.] Willy Peter Stoll hatte ein Gefühl fü[r] Freiheit und Gerechtigkeit. Das lie[ß] ihn zum Feind der Herrschenden, de[r] Kapitalisten und Bankiers werden[.] Und deshalb wurde er niedergeschos[sen] wie ein Hund!

Nahost-Gipfel in Camp David

Frieden im Nahen Osten?

Am 6. September hat in Camp David, nahe der amerikanischen Hauptstadt Washington, die Nahost-Gipfelkonferenz zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Begin, dem ägyptischen Präsidenten Sadat und dem amerikanischen Präsidenten Carter begonnen. Aber die Türen von Camp David sind für die Öffentlichkeit verschlossen. Über das, was dort gesprochen wird, dringt kein Wort nach außen.

Um so größer ist allerdings der Rummel, den die Beteiligten und die Presse um dieses Treffen machen. Hört man die Erklärungen, die abgegeben werden, liest man die Kommentare, die veröffentlicht werden, so könnte man meinen, daß von dieser Konferenz das Schicksal des Nahen Ostens abhängt; könnte man meinen, daß es von dieser Konferenz abhängt, ob der Frieden im Nahen Osten für immer gesichert werden kann. Aber niemand sollte sich von diesem Propagandarummel täuschen lassen.

Hinter den verschlossenen Türen von Camp David wird nicht über die Erfüllung der gerechten Forderungen der arabischen Völker und insbesondere des palästinensischen Volkes verhandelt. Hier wird ein großes Komplott vorbereitet, das sich gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der arabischen Völker richtet, ein Komplott, um den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes zu zerschlagen.

Drahtzieher des Treffens von Camp David ist der amerikanische Imperialismus, der sich seit Jahren intensiv bemüht, den Nahen Osten unter seine Kontrolle zu bringen und dem es in den letzten zwei, drei Jahren gelungen ist, gegenüber der anderen Supermacht, dem sowjetischen Sozialimperialismus, der ebenfalls seine Hände auf dieses Gebiet legen will, seine Position bedeutend zu verstärken. Beiden, dem amerikanischen Imperialismus wie dem sowjetischen Sozialimperialismus, geht es um die reichen Erdölschätze dieser Region, deren Ausbeutung den Monopolen märchenhafte Profite verspricht, und um die Verteidigung der Macht des Imperialismus gegen die palästinensische Revolution.

Um seine Ziele zu verwirklichen, bedient sich der amerikanische Imperialismus sowohl heute wie in der Vergangenheit des israelischen Zionisten, dieses Gangsterstaates, der die arabischen Völker mehrmals barbarisch überfallen hat und zahlreiche arabische Gebiete besetzt hält. Noch frisch im Gedächtnis ist die jüngste zionistische Aggression im Südlibanon, die besser als alles andere zeigt, was von den schwülstigen Friedensphrasen zu halten ist, die Begin in letzter Zeit so leicht über die Lippen gehen.

In letzter Zeit haben Jimmy Carter und die amerikanische Diplomatie den Anschein zu erwecken versucht, daß sie mit Israel und seiner starren Haltung nicht zufrieden sind. Aber das ist nur ein Manöver, um die arabischen Völker zu betrügen, damit sie akzeptieren, daß der amerikanische Imperialismus berufen ist, die Rolle des Oberschiedsrichters im Nahen Osten zu spielen. Damit sie den israelischen Zionisten die Hand reichen, wie es Sadat bereits getan hat, und vor ihnen auf die Knie fallen. Die arabischen Völker und insbesondere das palästinensische Volk sollen den Kampf gegen die zionistischen Aggressoren einstellen, auf ihre legitimen Forderungen verzichten und den amerikanischen Imperialismus als Oberherren im Nahen Osten anerkennen. Das ist der wahre Kern der sogenannten Friedenspläne von Jimmy Carter.

Die verschiedenen Pläne, die ausgearbeitet worden sind, die territorialen Schachereien, über die in diesem Zusammenhang gesprochen wird, haben alle einen großen Haken: Kein einziger dieser Pläne sieht die vollständige, bedingungslose Rückgabe der geraubten arabischen Gebiete vor. Alle diese Pläne sind ein Schlag ins Gesicht des palästinensischen Volkes, dessen Heimat von den Zionisten besetzt gehalten wird. Ihnen bietet man höchstens einen sogenannten „Ministaat" auf dem Westufer des Jordan an, wo sie, bewacht von jordanischen oder israelischen Panzern, ein Leben von Sklaven führen sollen.

Und gleichzeitig liegen, wie die amerikanische Presse berichtet, im Pentagon schon Pläne für die Errichtung von amerikanischen Militärstützpunkten in Israel und den von ihm besetzten arabischen Gebieten. Die Soldaten, die dorthin geschickt werden sollen, stehen bereit, um angeblich den Frieden zu sichern, in Wirklichkeit aber, um den Völkern das amerikanische Diktat aufzuzwingen.

Es ist klar, daß sich die arabischen Völker und insbesondere das palästinensische Volk mit diesen Plänen niemals abfinden werden. Sie können ihre Freiheit und die Erfüllung ihrer legitimen Forderungen auf keinen Fall dadurch erringen, daß sie sich mit der einen oder mit der anderen Supermacht, mit diesem oder jenem Imperialismus oder mit den Zionisten, ihren Todfeinden, verbünden. Sie können ihre Ziele nur im revolutionären Kampf gegen ihre Feinde verwirklichen.

Nieder mit dem Schah-Regime!

Er wolle in die DDR kommen, um dort die Grüße des iranischen Volkes zu überbringen, verkündete Seine Majestät, Schah-in-schah Reza Pahlewi, Mitte der letzten Woche in einem Interview. Drei Tage später, am Wochenende, gehörten solche großspurigen Verlautbarungen bereits der Vergangenheit an, hatte der Schah an anderes zu denken als an Imagepflege im Ausland. Da war nämlich nicht mehr zu übersehen — und die Fernsehkommentatoren von ARD und ZDF mußten davon reden — daß die Werktätigen des Iran durch ihre machtvollen, mutigen und anhaltenden Kämpfe gegen das Schah-Regime den „Pfauenthron" erheblich ins Wanken gebracht haben.



Schwerbewaffnete Soldaten gehen gegen die Demonstranten vor

Zur machtvollsten Kundgebung gegen das Schah-Regime war es am Donnerstag letzter Woche gekommen. Hunderttausende gingen an diesem Tag auf die Straße, oppositionelle Beobachter sprechen sogar davon, daß jeder vierte Einwohner von Teheran auf den Beinen war, um gegen das Schah-Regime zu protestieren. In der darauffolgenden Nacht verhängte der Schah das Kriegsrecht über Teheran und elf weitere Städte des Landes. Das heißt, er verhängte Ausgangssperre und verbot alle Ansammlungen von mehr als zwei Personen. Die lächerliche Begründung für diese Maßnahme: Es gäbe eine ausländische Verschwörung gegen die Nation!

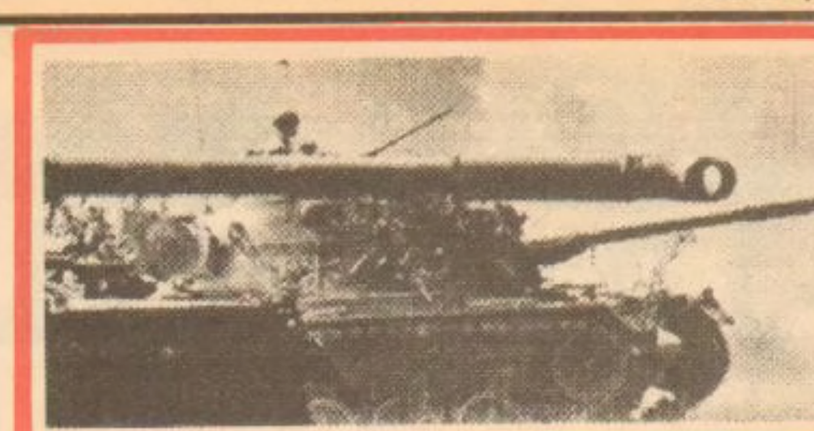
Tatsächlich bedeutete die Verhängung des Kriegsrechts über alle wichtigen Städte nichts anderes als eine Kriegserklärung an die Werktätigen. Und diese erteilten dem Schah darauf die einzige richtige Antwort. Bereits wenige Stunden nachdem der Schah alle Versammlungen verboten hatte, kam es erneut zu machtvollen Demonstrationen in Teheran und anderen Städten. Die Demonstranten versuchten unter anderem, verhaßte Denkmäler vor dem Parlamentsgebäude umzustoßen, steckten andere Institutionen des Regimes in Brand und bauten gegen die anrückenden Soldaten Barrikaden. Obwohl das Schah-Regime mit unglaublichem Terror gegen die Werktätigen vorging, Soldaten in die Menge schossen, Armeehubschrauber bewaffnete Einsätze gegen die Demonstranten flogen und wahrscheinlich Hunderte von Männern, Frauen und Kindern dabei den Tod fanden, leisteten die Demonstranten doch fast den ganzen Tag lang Widerstand und weiteten den Kampf auf das gesamte Stadtgebiet von Teheran aus.

Diese Kämpfe der Werktätigen, die weiter andauern, werden begleitet von landesweiten Streiks, die breiteste Unterstützung finden.

Wie sehr sie das Schah-Regime erschüttern, zeigt sich nicht nur an den Reaktionen des Regimes selbst: der Verhängung des Kriegsrechts auf der einen, der Absetzung des verhaßten Hofministers Howeda, des engsten Vertrauten des Schah, auf der anderen Seite. Es zeigt sich auch an den Reaktionen des Auslands, vor allem der US-Imperialisten und der westdeutschen Imperialisten.

Auf dem Höhepunkt der Kämpfe kam der iranische Botschafter aus den USA zurück, mit einer Geheimnote des US-Präsidenten Carter für den Schah! Und auch die westdeutschen Imperialisten fühlen sich zutiefst betroffen. Warum, sagte Springers „Bild" am 9. 9. 78 deutlich: „Der Westen wird seinen treuesten Verbündeten im gesamten arabischen Raum verlieren. Auch Nachbar Saudi-Arabien ist direkt bedroht, die Ölversorgung des Westens gefährdet." Und das gilt nicht nur in strategischer Hinsicht. Wenn der Schah in diesen Tagen mit blutigem Terror gegen die Werktätigen vorgeht, dann verteidigt er dabei auch die Interessen des amerikanischen und des westdeutschen Kapitals im Iran, setzt er dabei unter Umständen Waffen ein, die er von „unseren", den westdeutschen Imperialisten, gekauft hat.

Wenn die Werktätigen des Iran im mutigen Kampf für ihre Freiheit stehen, wenn sie in diesem Kampf auch den deutschen Imperialisten Schläge versetzen, dann heißt das für uns, die deutsche Arbeiterklasse, für die Arbeiter bei Krupp, die seit einigen Jahren auch vom Schah ausgebeutet werden, genauso wie für alle anderen Werktätigen, daß wir in diesen Tagen um so fester an der Seite unserer Klassenbrüder im Iran stehen. Unsere besondere Solidarität gilt dabei der Kommunistischen Arbeiter- und Bauernpartei des Iran, von der wir wissen, daß sie die Kämpfe der Völker des Iran mutig unterstützt und, soweit es in ihren Kräften steht, führt — führt auf dem einzigen Weg, der die Werktätigen des Iran wirklich befreien kann: zum Sturz des Schah-Regimes, zur Verjagung der Imperialisten aus dem Iran, zur demokratischen Volksrevolution und zur Errichtung der demokratischen Diktatur des Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse.



Herbstmanöver '78

Kampf dem Manöverterror!

„US-Invasion in Brunsbüttel"

...meldete die „Brunsbütteler Rundschau" in der letzten Woche. In der Tat, den Brunsbütteler Werktätigen muß es so ähnlich vorgekommen sein, als von insgesamt vier Schiffen Panzer, Amphibienfahrzeuge, Lastwagen, Jeeps und — vorerst — 800 Soldaten der US-Marine quollen. Sie bildeten die Vorhut für insgesamt 16.000 US-Soldaten, die zusammen mit über 20.000 Soldaten aus Britannien, Dänemark, den Niederlanden und der Bundesrepublik im Rahmen des Manövers „Bold Guard" im September den Krieg proben werden.



Die US-Mariners nach der Ankunft in Brunsbüttel

Manöver „Saxon Drive" zeigt:

Profitstreben führt zum Krieg

„Imperialismus bedeutet Krieg", sagte Lenin. Das deshalb, weil das Finanzkapital in seiner Jagd nach dem Höchstprofit danach strebt, neue Rohstoffquellen, neue Absatzmärkte und Einflußsphären zu erringen. Ein Streben, das aber nicht friedlich sein Ziel erreichen kann. Denn die Imperialisten haben die Welt bereits unter sich aufgeteilt, und eine Neuaufteilung der Welt kann deshalb nur im gewaltsamen Kampf, also in einem Raubkrieg der Imperialisten untereinander geschehen.

Warum wir mit diesen Worten einen Kommentar zu den Herbstmanövern der NATO einleiten? Weil die Manöverlage eines dieser Manöver, „Saxon Drive", schlagartig zeigt, daß Lenins Analyse über die Ursachen der imperialistischen Kriege auch heute Gültigkeit hat. Über diese Manöverlage heißt es in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung":

„Blauland und Grünland — so die Ausgangslage für die Großübung — streiten sich schon seit Jahren um die Bodenschätze im Gebiet zwischen dem Elbe-Seitenkanal und der Weser. Unter dem Druck der Vereinten Nationen verständigen sich die beiden Staaten auf eine Neutralisierung der umstrittenen Zone, die sich von Hannover bis Hamburg erstreckt.

Das westlich der Weser gelegene Blauland erhielt nach dem Konflikt von der UNO die Erlaubnis, die Grenze im Osten des neutralisierten Gebiets zu überwachen. Da Grünland dies nicht hinnehmen mochte, behauptete es immer wieder, Blauland beute die Rohstoffe der neutralen Zone aus. Die Beschuldigungen gipfelten — so heißt es weiter in den Manöverunterlagen — schließlich im Abbruch der diplomatischen Beziehungen und in einer beiderseitigen allgemeinen Mobilmachung. Am 19. September soll es nach den Vorstellungen der holländischen Manöverplaner zum bewaffneten Konflikt kommen."

Hier wird also Klartext gesprochen, wie man sieht. Klartext, den man in den Sonntagsreden der NATO-Strategen über die „reinen Verteidigungsaufgaben der NATO". über den „Schutz von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten" vergeblich sucht. Hier zeigt sich, wie die „höheren Werte", für die die NATO in den Krieg ziehen will, tatsächlich heißen. Nämlich nicht „Freiheit", „Demokratie" oder „Menschenrechte", sondern Öl, Kupfer, Uran usw. Hier zeigt sich auch, daß die NATO keineswegs die „reine Verteidigung" übt. Was in diesem — und auch in anderen Manövern — geprobt wird, ist der imperialistische Raubkrieg, bei dem — unabhängig davon, wer den ersten Schuß abgibt — nur eines „verteidigt" wird: die Profitinteressen und das Machtstreben des deutschen Finanzkapitals. Die Soldaten, die Werktätigen auf den Kriegsschauplätzen, sind dabei nichts weiter als Kanonenfutter. Sie sollen fallen, damit die Dividenden der Aktionäre steigen!

Millionen und Abermillionen waren es, die im Ersten und Zweiten Weltkrieg für die Profite der Imperialisten verbluten mußten. Damit dies nicht noch einmal in einem dritten Weltkrieg geschieht, ist es notwendig, den Kampf gegen die NATO genauso wie den Warschauer Pakt zu führen, den imperialistischen Kriegstreibern auch heute schon bei ihren Manövern, wo sie den imperialistischen Krieg proben, entgegenzutreten. Damit es aber nie mehr zu einem solchen Blutvergießen wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg kommt, müssen wir die Wurzel dieser imperialistischen Kriege beseitigen, den Imperialismus! Der weltweite Sturz des Imperialismus wird nicht nur die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, sondern auch die Gefahr neuer Kriege für immer beseitigen!

Herbstmanöver der Sozialimperialisten

In der letzten Woche führten auch die russischen Sozialimperialisten ein großes Manöver in Transkaukasien mit dem Namen „Kaukasus II" durch. Geprobt wird der Luftangriff gegen eine Hafenstadt am Schwarzen Meer in Zusammenarbeit mit Landstreitkräften des Warschauer Paktes. Dies zeigt, daß die Herren des Warschauer Pakts genauso wie die Herren der NATO keineswegs an die Friedenstiraden glauben, die sie den Völkern immer wieder auftischen. Warum sollten sonst beide Seiten ihre Vorbereitungen, ihre Übungen für einen neuen imperialistischen Krieg verstärken?

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Arbeitslosenzahl wieder gestiegen

Im August ist die offizielle Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik gestiegen. Und zwar um 1.733 auf 923.963. Es ist dies seit drei Jahren wieder das erste Mal, daß in diesem Hochsommermonat ein Steigen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist. Von den Saisonbedingungen her tendiert die Arbeitslosigkeit im August normalerweise zu einer Abnahme, während sie im Herbst und Winter wieder zunimmt.

Lohnabbau

5,9 Millionen Mark an Lohnkosten konnten die Kapitalisten der Bremerhavener Schichau-Unterweser-Werft allein im ersten Halbjahr 1978 „einsparen". Die Methode der Kapitalisten: durch Entlassungen und sogenannte „natürliche Abgänge" die Belegschaftszahl verringern und gleichzeitig durch Abbau bestimmter Zulagen sowie durch Abgruppierungen die Löhne und Gehälter drücken. Seit 1975 haben die Schichau-Bosse 500 Arbeitsplätze wegrationalisiert, so daß die Zahl der Beschäftigten von 1.700 auf 1.200 zusammengeschrumpft ist.

Rückläufiger Kohleabsatz

Der Anteil der Kohle am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik ging von 82,7 Mio t im Jahre 1974 auf 65,5 Mio t im Jahr 1977 zurück. Im gleichen Zeitraum wuchs der Anteil der Kernenergie fast um das Dreifache. Die Bonner Regierung und die Energiekonzerne untergraben skrupellos weiter die Stellung der deutschen Kohle auf dem Energiesektor. Sogar die Menge der in Kraftwerken verfeuerten Braunkohle, des absolut billigsten Rohstoffs, ging von 103,9 Mio t im Jahr 1976 auf 92,9 Mio t im vergangenen Jahr zurück. Während sich bereits ein Rekordhaldenbestand von 34 Mio t Kohle und Koks auftürmt, während die Kumpels im Kohlebergbau Feierschichten verfahren müssen und neue Zechenstillegungen angedroht sind, werden immer neue Kernkraftwerke gebaut bzw. geplant. Zugleich importieren die Energiekonzerne zunehmend billigere Steinkohle aus den USA. So will zum Beispiel der ARBET-Konzern, der sich die Stahlproduktion an der Saar einverleibt hat und dort eine radikale Vernichtung von Arbeitsplätzen betreibt, US-Kohle an der Saar verhütten. Der ARBET-Konzern erhält aus Bonn und Saarbrücken für seine sogenannte „Sanierung" des Saarstahls (die Neuenkirchener Eisenwerke wollen die ARBET-Bosse völlig stillegen) massive Finanzspritzen. Die Bonzen der IG Bergbau und Energie unterstützen diese volksfeindliche Energiepolitik mit allen Mitteln, wobei sie verlogene und scheinheilige Lippenbekenntnisse für die „Sicherung der Absatzchancen der deutschen Kohle" abgeben, um die Kumpels im Kohlebergbau zu beschwichtigen. So hat der Gewerkschaftsapparat der IG Bergbau und Energie mehrfach Demonstrationen für den Bau von Kernkraftwerken inszeniert, und die Bosse dieser Gewerkschaft betreiben eine hemmungslose Hetzpropaganda gegen die Anti-AKW-Bewegung.

ÖTV-Bonzen: Kritik an Verfassungsschutz ist unanständig

Bekanntlich ist in letzter Zeit die Empörung und Unruhe unter der werktätigen Bevölkerung über die Rolle des Verfassungsschutzes stark angewachsen. Unter anderem wurde in letzter Zeit bekannt, daß der Verfassungsschutz sogar an den Schulen ein Spitzel- und Denunziantennetz aufbaut, um nicht nur die Lehrer, sondern auch die Schüler auf ihre politische Gesinnung hin zu „beobachten". Ferner kamen eine Reihe von Fällen der Bespitzelung von Belegschaften in den Betrieben ans Tageslicht, und es stellte sich heraus, daß die Bonner Regierung den Verfassungsschutz systematisch zur Bespitzelung der Arbeiterschaft einsetzt. Während manche Zeitungen des DGB-Apparats (zum Beispiel „Metall") ab und zu kritische Töne über diese skandalösen Praktiken verlieren, um dem DGB-Apparat einen demokratischen Anstrich zu verschaffen, gibt es auch Gewerkschaftsbonzen, die in dieser Hinsicht Klartext sprechen. So erklärte zum Beispiel das geschäftsführende Vorstandsmitglied der ÖTV, Albrecht Rothländer, gegenüber in der ÖTV organisierten Verfassungsschnüfflern folgendes: „Jede pauschale Kritik am Verfassungsschutz und seinen Beschäftigten, insbesondere jede Diffamierung, ist politisch verfehlt und auch menschlich unanständig."

Hamburger Hafen: Klassenkämpferischer Betriebsrat entlassen

Wie der „Rote Handhaken" (Hamburger Hafenzeitung der KPD/ML) berichtet, wurde am 10. August am Unikai (Hamburger Hafen) der klassenkämpferische Betriebsrat Jürgen Paulick fristlos entlassen. Die reaktionäre Betriebsratsmehrheit gab der Entlassung ihre Zustimmung. Fadenscheiniger Vorwand ist der konstruierte und unzutreffende Vorwurf, Jürgen Paulick sei unentschuldigt der Arbeit ferngeblieben. In Wahrheit wurde Jürgen Paulick entlassen, weil er sich konsequent für die Interessen der Kollgen einsetzte und als klassenkämpferischer Betriebsrat den Hafenbossen und den ÖTV-Bonzen im Wege stand. Jürgen Paulick gehörte zu den aktivsten und mutigsten Kollegen, die beim Hafenarbeiterstreik im vergangenen Frühjahr als Streikposten ihren Mann standen. Außerdem gehört Jürgen zu den sieben Angeklagten im Hamburger Antifaschistenprozeß. Er wird beschuldigt, an einer Protestaktion gegen NPD-Faschisten teilgenommen zu haben. Dieser Prozeß läuft bereits seit Mai dieses Jahres. Bisher gab es 25 Verhandlungstage. Jürgen Paulick ist bereits der dritte Angeklagte, der im Verlauf dieses Prozesses entlassen wurde. Zwei weiteren Angeklagten wurde von ihren Firmen die Entlassung angedroht. Jürgen Paulick wird beim Arbeitsgericht gegen die fristlose Kündigung klagen. „Der Rote Handhaken" hat die Hafenarbeiter aufgerufen, sich mit dem Kampf für die Wiedereinstellung des klassenkämpferischen Betriebsrats zu solidarisieren.

Neue Betriebszeitung erschienen

Im August erschien die erste Ausgabe von „Gegendruck", Zeitung der KPD/ML für Stuttgarter Druckereibetriebe. Unter anderem enthält die Zeitung Artikel zu den anstehenden Verhandlungen über die Manteltarifanhänge im Druckbereich und über einen neuen Manteltarifvertrag. Sie berichtet anhand von konkreten Beispielen über die Rationalisierung in der Druckindustrie und zeigt die Notwendigkeit des konsequenten Kampfes für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auf. In eigener Sache schreibt „Gegendruck": „Gegendruck — das ist nicht nur die ‚Seele' der Druckmaschine. Gegendruck, das heißt Widerstand, Kampf von uns Druckereiarbeitern gegen Arbeitshetze, schlechte Löhne, Entlassungen, Kampf gegen die Unternehmer, die davon profitieren. Daß dieser Widerstand besser und konsequenter organisiert wird, dazu will ‚Gegendruck' beitragen, durch klare Informationen über die anstehenden Probleme, durch Berichte aus den Betrieben und der Gewerkschaft."

Brauerei-Tarifrunde in NRW

Doppelter Verrat der NGG-Bonzen

Kaum hatten die Brauereikapitalisten ihre Provokation gestartet und den bereits unterzeichneten Manteltarifabschluß wieder zerrissen, da setzten sich die Bonzen der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten schon wieder mit ihnen an den Verhandlungstisch. Die Devise dieser Arbeiterverräter: nur ja einen Streik verhindern!

Und nach wenigen Tagen hatte man sich geeinigt. Was dabei als neuer Manteltarifvertrag herauskam, ist noch mieser als der erste Abschluß, den die Bosse platzen ließen. Aber nicht nur das: auch ein neuer Lohntarifabschluß wurde gleich mit durchgepeitscht — sozusagen noch nebenbei. 4,7 Prozent kamen dabei heraus. Also ein Niedrigabschluß, der noch schäbiger ist als das, was in der diesjährigen Tarifrunde in den meisten anderen Branchen herauskam.

Schon der geplatzte Abschluß war Verrat an der Forderung nach einer echten Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Aber sah er wenigstens noch für die Kollegen ab 56 Jahre eine zusätzliche bezahlte Freischicht vor, so ist eine Verkürzung der Arbeitszeit im neuen Abschluß nur noch für Kollegen ab 60 Jahre vorgesehen. Sie erhalten künftig 28 zusätzliche bezahlte Freischichten im Jahr, wobei die Unternehmer bestimmen können, wie und wann. Nach der Regelung im ersten Abschluß wären es wenigstens rund 1.500 Kollegen gewesen, die in den Genuß von mehr bezahlter Freizeit gekommen wären. Jetzt sind es höchstens noch 300 Kollegen, für die sich die Arbeitszeit verkürzt. Ca. 330 Beschäftigte in der nordrhein-westfälischen Brauindustrie sind 60 und älter. Aber nicht einmal alle diese Kollegen erhalten die zusätzlichen Freischichten. Der Vertrag schränkt ein: Brauereien mit einem Jahresausstoß unter 25.000 Hektolitern sowie die Handelsmälzereien sind nicht von der Freizeitregelung betroffen. Außerdem haben die Kollegen auf die bezahlten Freischichten nur bis zum „frühestmöglichen Rentenalter", also bis 63 Jahre, Anspruch.

Selbstredend ist es erfreulich, daß wenigstens ein Teil der Kollegen ab 60 Jahre nun mehr Freizeit hat. Angesichts der schlechten Arbeitsbedingungen (Nässe, starker Temperaturwechsel usw.) und der wilden Arbeitshetze ist die Arbeit für diese Kollegen, die sich im Laufe der Jahre für den Profit der Brauereiunternehmer krumm und krank geschunden haben, ohnedies die reinste Quälerei. Trotzdem ist dieses Zugeständnis der Brauereibosse nichts weiter als ein billiges Almosen. Sie sind jetzt vorerst um eine echte Arbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigten herumgekommen. Das haben sie nur den Bonzen der NGG zu verdanken, deren einzige Sorge es war, die Arbeiter vom Kampf abzuhalten.

Der Verrat der NGG-Führer wird noch empörender dadurch, daß sie für den neuen Tarifvertrag auch noch eine längere Laufzeit vereinbart haben. Beim ersten Abschluß war die Laufzeit auf die Jahreswende 1981/82 festgelegt. Jetzt wurde sie auf die Jahreswende 1982/83 erweitert. Das bedeutet: die Brauereiarbeiter sollen nach dem Willen der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung mindestens noch vier Jahre warten, bevor das Thema einer echten Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, also das Thema der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, überhaupt wieder auf den Tisch kommt. Bis dahin sollen die Brauereikapitalisten ihren brutalen Rationalisierungsfeldzug hemmungslos fortführen können, sollen sie ihre Pläne ungehindert durchziehen können: Braustätten dichtzumachen, die Belegschaften weiter „abzubauen" und Tausende von Kollegen auf die Straße zu werfen.

Was der neue Tarifvertrag für die Gesamtheit der Beschäftigten an Verbesserungen bringt, ist mehr als bescheiden: Der Jahresurlaub wird um zwei Tage verlängert. Das Urlaubsgeld wird bis 1981 stufenweise von jetzt 600 DM auf dann 900 DM angehoben. Diese Verbesserungen stehen in keinem Verhältnis zur Verschärfung der Ausbeutung: In den vergangenen Jahren hat sich der Ausstoß pro Kopf der Beschäftigten in der Brauindustrie um über 80 Prozent erhöht.

Im Eiltempo haben die Bonzen diesen Schandabschluß durchgepeitscht, denn sie hatten Angst, daß sie die Kollegen nicht mehr vom Kampf abhalten können. Warnstreiks in einer Reihe von Brauereien zeigten die wachsende Unruhe und Kampfbereitschaft. Aber sollen sich die Bosse und Bonzen ja nicht einbilden, jetzt hätten sie vier Jahre Ruhe. Die Brauereiarbeiter werden die Rationalisierungsangriffe der Unternehmer nicht kampflos hinnehmen. Und sie haben in dieser Tarifrunde gelernt! Auch wenn ihre Forderungen auf der Strekke geblieben sind. Sie haben gelernt, daß sie ihre Sache selbst in die Hand nehmen müssen. Klassenbewußte Kollegen werden dafür sorgen, daß auch in den Brauereien und Mälzereien die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition organisiert wird.

Arbeitsgerichtsprozeß Peter Schnittfeld gegen Hoesch

„Terroristennachlese" zur Betriebsratswahl '78

Unter Anwesenheit „hoher Prominenz" fand am Mittwoch letzter Woche der Arbeitsgerichtsprozeß des entlassenen RGO-Listenführers auf Hoesch-Phönix (Dortmund), Peter Schnittfeld, statt. Erschienen waren nämlich: 15 IGM-Betriebsräte von Phönix und der Vorsitzende des Vertrauensleutekörpers.

Wie war es zu der fristlosen Entlassung gekommen? Am dritten Tag der Unterschriftensammlung für die Kandidatenliste der RGO wird der Listenführer, der Fernmelder Peter Schnittfeld, von dem IGM-Betriebsratskandidaten Vennebusch bei der Betriebsleitung denunziert und mit Rausschmiß bedroht. Eine Stunde später wird Peter zur Betriebsleitung bestellt. Er rechnet mit der angedrohten Entlassung. Als er gemeinsam mit einem Arbeitskollegen auf dem Weg zur Waschkaue ist, begegnet ihnen Vennebusch. In seiner Wut brüllt Peter den Mann, dem er seinen Chefbesuch zu verdanken hat, quer über die Straße an: Er sei ein Verräter und Denunziant. Später wird dann behauptet, Peter habe auch gerufen, Verräter und Spitzel würden kein langes Leben führen.

Der angebrüllte Denunziant wird für Hoesch zum Kronzeugen! Und auch der alte Betriebsrat, der die RGO-Liste bei der anstehenden Neuwahl fürchtet, sieht sofort seine Chance. Plötzlich wird hinter vorgehaltener Hand im Betrieb das Märchen von einer „Morddrohung" seitens des RGO-Listenführers verbreitet. Später steht diese Lüge auch offen in den „Betriebsinformationen". So verwandelt sich der Fernmelder und RGO-Kandidat aus einem normalen Kollegen in einen „mordlüsternen Terroristen". Der Betriebsrat stellt einstimmig den Antrag auf Entlassung: Die Äußerungen des RGO-Listenführers seien der Terrorszene zuzurechnen! Die Hoeschbosse geben diesem Antrag nur allzu gerne statt.

Zu Beginn der Arbeitsgerichtsverhandlung legt der Betriebsratsvorsitzende R. Rösen den Kündigungsantrag an die Werksleitung vor. Rösens Aussage gipfelt darin: „Das Programm der RGO-Liste und alle bis dahin erschienenen Flugblätter enthalten ein nicht mehr zu vertretendes Maß an Angriffen auf den Konzern und den Betriebsrat." Auf den Einwand Peters, zum damaligen Zeitpunkt habe die RGO bei Phönix doch außer dem Programm noch gar nichts veröffentlicht, erklärt Rösen, gemeint habe er die Flugblätter der KPD/ML! Aber eine politische Entlassung sei das natürlich deshalb nicht; nur Peters Äußerungen gegen Vennebusch seien maßgeblich gewesen...

Hoesch greift natürlich erfreut den Terroristenvorwurf seitens der IGM-Betriebsratsclique auf. So heißt es in einer Hoesch-Stellungnahme, die erst kurz vor der Verhandlung vorgelegt wird: Für die Entlassung sei die „geistige und politische Haltung" von Peter S. maßgeblich gewesen. Hatte man also zunächst immer mit der angeblichen „Morddrohung" argumentiert, so wandelte sich die Begründung für die Entlassung dann immer mehr ins Politische. Offen gaben die Hoeschbosse zu erkennen, daß es ihnen in Wirklichkeit um das Programm der RGO-Liste, also um die Forderungen aller klassenbewußten Belegschaftsmitglieder geht. Der Hoesch-Rechtsvertreter erklärte z. B.: Das Programm allein sei bereits ein ausreichender Grund für die fristlose Kündigung.

> Anläßlich dieses Gespräches ließ der Kläger ohne Aufforderung einige Programme der RGO mit der Bemerkung zurück: "Lest euch das durch und laßt es dann verschwinden." Letzteres wird verständlich, wenn man einige Formulierungen des Programmes näher betrachtet: Bezogen auf die IGM-Betriebsratmitglieder heißt es, "daß es Ihnen nur um Ihre Aufsichtsratsposten geht, unsere Interessen bleiben auf der Strecke. Gesichert w rd allein der Profit der Bosse." Dem Arbeitgeber wird Arbeitshetze vorgeworfen, wobei ein Zusammenhang zwischen Unfallhäufigkeit und steigender Arbeitshetze behauptet wird. Es wird behauptet, daß die IGM-Betriebsräte mit dem Arbeitgeber zusammen an der Gesundheit der Arbeitnehmer sparen. Belegt wird das dadurch, daß die Anzahl der Krankenwagen beim Werk Union reduziert worden sind. Im Zusammenhang mit dem Arbeitgeber wird behauptet: "Täglich erleben wir sie, die Unterdrückung und Schikane der Kapitalisten durch bestimmte Chefs und Vorgesetzte. Sie fühlen sich als die Herren.... Dieser Willkür sind wir ausgesetzt und die IGM-Betriebsräte rühren

Dieser Absatz aus der Stellungnahme der Hoesch AG spricht für sich!

Der Richter gab sich bei der Verhandlung „väterlich und liberal". Dieser Eindruck zerplatzte allerdings mit dem Urteilsspruch. Er lautet: **Die Klage Peter Schnittfelds ist abgewiesen — die Kündigung besteht zu Recht!** Einige der Kollegen und Freunde Peters, die als Zuschauer im Gerichtssaal dabei waren, waren richtig geschockt. Das hätten sie nicht erwartet. Empört meinten sie: „Das gibt es doch nicht, die müssen den Peter wieder einstellen!" Die Urteilsbegründung liegt zur Zeit noch nicht vor. Wir werden auf sie zum gegebenen Zeitpunkt noch eingehen.

Unglaubliche Fahrlässigkeit:

Drei Arbeiter tot — ein Arbeiter in Lebensgefahr!

Donnerstag, 7. September, vormittags. Ohne Atemschutzgeräte und Sicherungsseile mußten Arbeiter der Stuttgarter Baufirma Brucker und Mitarbeiter der Kanalreinigung des städtischen Tiefbauamts in einen stillgelegten Abwassertunnel in Cannstadt einsteigen, um eine Trennwand zu durchstoßen. Was weiter geschah, muß für die Arbeiter grauenvoll gewesen sein. Offenbar war hochgiftiges Schwefelwasserstoffgas in so hoher Konzentration vorhanden, daß die Arbeiter durch Lähmung des Atemzentrums ohnmächtig wurden. Kurze Zeit darauf waren drei von ihnen tot, sechs weitere Kollegen mußten mit schweren Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus gebracht werden. Einer von ihnen schwebte noch am Wochenende in Lebensgefahr!

Empört fragt man sich: wie konnte es kommen, daß die Arbeiter keine Atemschutzgeräte dabei geschweige denn anhatten? Warum waren keine Sicherheitsseile vorhanden? Die Verantwortlichen lassen sich jetzt breit über die Frage aus, woher das Schwefelwasserstoffgas gekommen sei. Angeblich sei so etwas noch nie passiert. Sie sollen sich doch nicht mit so etwas herausreden! Es mußte sowohl dem Tiefbauamt als auch der Firma Brucker doch bekannt sein und war ihnen auch bekannt, daß sowieso in den Abwässerkanälen ständig Giftgasgefahr besteht, da die Fäkalien bei der Zersetzung das sogenannte „Sumpfgas“ bilden, das zum größten Teil aus dem hochgiftigen Methan besteht. Schon aus dem Grunde ist es Vorschrift, daß Atemschutzgeräte und Sicherheitsseile mitgenommen werden müssen.

Aber wie diese Sicherheitsvorschriften bei der privaten Baufirma gehandhabt werden, konnte man im Wohnheim bei den — zumeist türkischen — Beschäftigten der Firma erfahren: Welche Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden, das hängt ganz vom Polier ab, wie ernst er die Vorschriften nimmt. So kommt es oft vor, daß die Vorschriften nicht eingehalten und beachtet werden. Daß der Baukapitalist und die Stadtbehörden hier etwas zu verbergen haben, kann man schon daran sehen, daß eine totale Informationssperre verhängt wurde. Wer erlaubt diesen Herren eigentlich, allen, die mit Kanalarbeiten zu tun haben und einiges zu sagen haben, den Mund zu verbieten? So wollen sie verhindern, daß die Wahrheit über die Ursachen dieses grauenhaften Unfalls ans Tageslicht kommt. Sehr zweifelhaft ist es z. B. auch, ob es stimmt, daß der Kanal vor den Arbeiten mit Gasmeßgeräten begangen worden ist, wie behauptet wurde (und wie es auch Vorschrift ist).





Durch diesen Kanalschacht (links) wurden die sieben Arbeiter geborgen. Das rechte Bild zeigt den Unfallort.

Daß dem Unternehmer das Leben der Arbeiter einen Dreck wert ist, zeigte sich auch an verschiedenen Umständen der Bergung. So hatten die Feuerwehrleute zunächst unter Einsatz aller Kräfte acht Kollegen aus den stinkenden Abwässern geborgen. Eine Viertelstunde mußte vergehen, bis festgestellt wurde, daß noch ein weiterer Kollege unten lag, der dann erst heraufgeholt wurde.

In der Klinik, auf der Intensivstation: die überwiegend jungen Kollegen sind nicht mehr zu erkennen. Als schwarze, stinkige, jauchige Masse werden sie auf den Bahren hereingetragen. Sie können gar nicht beatmet werden, ein Schwall stinkender Brühe kommt aus ihren Lungen. Die Ärzte bemühen sich nach Kräften, das Leben der Kollegen zu retten. Zwar kommen mehrmals Kripobeamte, das Bauunternehmen aber schickt nicht einmal einen Vertreter ins Krankenhaus, um sich nach dem Zustand der Kollegen zu erkundigen. Zu sehr sind die Herren damit beschäftigt, die Spuren zu verwischen. Von Anfang an mußten die Notärzte feststellen, daß sich die Verantwortlichen überhaupt nicht für das Schicksal der Arbeiter interessierten. Ihre Sorge galt allein dem Ansehen des Unternehmens und dem der Behörden: daß sie ja mit weißer Weste dastanden und ihnen keine Schuld nachgesagt werden konnte. Gar nichts anderes hat die interessiert.

Daß derartige Kanalunfälle an der Tagesordnung sind, das kann man zwar keiner Statistik entnehmen, das wissen aber die Feuerwehrleute, die sehr oft zu ähnlichen Rettungsaktionen wie dieser gerufen werden. Sie kennen sich aus in den Kanälen und wissen um die Gefahren. Um so empörter waren sie darüber, daß in diesem Fall nicht einmal Gasmasken mitgenommen worden waren, obwohl sogar Firmen, die nicht über eigene Gasmasken verfügen, sie auf Antrag bei der Feuerwehr ausleihen können!

Sicher werden die Verantwortlichen weiterhin die wahren Ursachen, das gierige Profitstreben und die dadurch bedingte Vernachlässigung der Sicherheit der Arbeiter, vertuschen, sicher werden sie dem bösen Schwefelwasserstoff die Schuld in die Schuhe schieben. Sie können aber nicht verhindern, daß alle Beteiligten dieses Unfalls diese Ausbeuter, auf deren Konto die toten Arbeiter gehen, hassen gelernt haben.

Kein Arzt für 700 Kranke:

Rehabilitanten treten in den Streik!

Im Berufsförderungswerk der Landesversicherungsanstalt in Dortmund-Hacheney kippt am 5. 9. plötzlich eine junge Frau aus der Klasse der Kaufleute während der Pause um. Ihre Mitschüler springen herbei. Sie wissen: ein Arzt ist nicht da. Sie suchen nach dem Fahrer der Schule — vergeblich. Ein Krankenwagen ist auch nicht aufzutreiben. Schließlich packen die Schüler die Kranke in einen Privatwagen und suchen das nächste Krankenhaus. Da sie ortsfremd sind, finden sie es nicht sogleich. Inzwischen setzt bei der Kranken der Atem aus. Durch Mund-zu-Mund-Beatmung wird sie von ihren Mitschülern gerettet. Endlich erreichen sie das Krankenhaus, wo man der Patientin helfen kann.

Dieser Vorfall empört alle Schüler dieser Anstalt. Denn: das Berufsförderungswerk beherbergt 700 Umschüler, die allesamt krank sind. Und gerade weil sie wegen ihrer Krankheiten ihre alten Berufe nicht mehr ausüben können, sollen sie hier auf neue Berufe umgeschult werden. Daß man bei 700 kranken Schülern eine besonders gute ärztliche Versorgung braucht, muß auch der Landesversicherungsanstalt klar gewesen sein, denn das moderne Gebäude enthält extra eingerichtete medizinische Räume, in denen drei Ärzte praktizieren können.

Daß die LVA aber nicht drei Ärzte bezahlt, kann man sich ja denken, wo auch dieses Unternehmen nur auf Profit aus ist. So hat lange Zeit nur ein Arzt dort praktiziert. Als dieser aber im Januar 1978 für Ende Juni kündigte, drängten die Umschüler die Leitung des öfteren, sich möglichst bald um eine Nachfolge zu bemühen. Nichts geschah — außer Vertröstungen. So ist die Schule seit Anfang Juli ohne ständigen Arzt — bei 700 kranken Menschen. Nur zweimal in der Woche kommt eine Ärztin zur Sprechstunde.

So ein Vorfall wie der mit der jungen Frau kann sich also schnell wiederholen. Man kann sich die Erregung und Empörung der Umschüler vorstellen. Dieser Vorfall war für sie der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Kurz entschlossen traten sie noch am selben Tag einmütig in den Schulstreik. Sie gaben unmißverständlich zu verstehen, daß sie bereit sind, solange weiterzustreiken, bis das Arzt-Problem gelöst ist.

Diese unerwartete Kampfaktion der Rehabilitanten brachte plötzlich Bewegung in die sonst in dieser Angelegenheit so zähe Schulbürokratie. Der Schulleiter „konferierte“ sofort mit dem Schulsprecher und dem Klassensprecher der Kaufleute-Klasse und gab die Zusicherung, daß schnell ein Arzt eingestellt würde. Daraufhin wurde der Schulstreik eingestellt — vorläufig! Denn die Umschüler sind bereit, sofort wieder in den Kampf zu treten, sobald die Hinhaltetaktik fortgesetzt wird! Die LVA soll ja nicht denken, sie könne mit 700 Umschülern umspringen, wie sie will, nur weil sie krank sind!



Adresse der Redaktion: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Sollte im „Roten Morgen“ nicht vorkommen ...

Liebe Genossen,

es sollte im „Roten Morgen“ nicht vorkommen, daß Linienänderungen stillschweigend vorgenommen werden — auch wenn es „nur“ eine Linienänderung bezüglich einer taktischen politischen Frage ist.

Früher sagte man, es sei reformistisch zu behaupten, man könne mit der 35-Stunden-Woche die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Heute wird diese Forderung voll aufgenommen.

Unsere Kritik besteht darin, daß der „Rote Morgen“ eine Korrektur stillschweigend vornahm — ohne zu sagen, weshalb sie vorgenommen wurde.

Rot Front!
Stadtzelle Reutlingen

Liebe Genossen,

in der RGO-Zeitung Nr. 4 wird die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche geführt. Die beiden gegensätzlichen Standpunkte, die in dem Artikel geäußert werden, spiegeln die Meinungen innerhalb der Partei wider, wie sie etwa seit Jahren bestehen. Die Meinung nämlich, die die Düsseldorfer Genossen äußern (In den RGO-Nachrichten Nr. 4 wurde auf die Meinung von Genossen und Kollegen aus Düsseldorf eingegangen. Sie vertraten die Ansicht, durch den Kampf für die 35-Stunden-Woche könnte gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen nichts erreicht werden. — RM), waren fast wörtlich vor etwa anderthalb Jahren im „Roten Morgen“ zu lesen. Genossen der Redaktion: das hätte Euch eigentlich auch auffallen müssen!

Im „Roten Morgen“ Nr. 46/76 steht in dem Artikel „Gegen Arbeitslosigkeit helfen keine Reformen“ folgendes: *„Es gibt keinerlei Rezepte, mit denen diese Wesensmerkmale des Kapitalismus, diese typischen Eigenschaften dieses Systems, das auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, abgeschafft oder ‚geheilt‘ werden könnten. Egal, ob sie ‚Arbeitszeitverkürzung‘ heißen oder ‚Stärkung der Massenkaufkraft‘ oder ‚Förderung der Investitionsbereitschaft‘: alle Rezepte und Reformvorschläge bezwecken nur eines: die Arbeiterklasse vom Kampf gegen den Kapitalismus, vom Zusammenschluß im revolutionären Klassenkampf abzuhalten.“*

Im „Roten Morgen“ Nr. 2/77 wird in dem Artikel „Zynischer Betrug an der Arbeiterklasse“ zwar zugestanden, daß die Arbeiterklasse für die 35-Stunden-Woche kämpfen darf, damit sie kürzer in den Knochenmühlen der Kapitalisten ist. Aber der Grundtenor dieses Artikels ist nicht anders als wie der des letzten: *„Aber dieser Kampf ist die eine Sache, während der Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze und gegen Entlassungen eine zweite Sache ist.“* Die Herstellung jeden Zusammenhangs zwischen beiden Problemen wird weiterhin als Illusionsmache hingestellt. Um so mehr wundert es mich, wie plötzlich im Aktionsprogramm und im angeführten Artikel aus der RGO-Zeitung argumentiert wird. Genossen, so geht es ja nicht. Auf diese Meinungsänderung muß meines Erachtens der „Rote Morgen“ bzw. die RGO-Zeitung eingehen.

Ein Genosse aus Stuttgart

Antwort der Redaktion

Es ist richtig, daß unsere Partei, und damit auch der „Rote Morgen“, früher eine andere, eine falsche und sektiererische Auffassung in dieser Frage vertreten hat. Richtig an den zitierten Artikeln im „Roten Morgen“ war, daß klar herausgearbeitet wurde: Die Arbeitslosigkeit ist ein Grundübel des kapitalistischen Systems. Sie wird nur mit dem Kapitalismus verschwinden, also durch die sozialistische Revolution. Falsch war jedoch, daß der Kampf für Forderungen, die (wenn auch nur vorübergehend) zur Verminderung oder Bremsung der Arbeitslosigkeit führen können, praktisch oft als „reformistisch“ abgelehnt wurde.

Wir haben mit Recht immer betont, daß es notwendig ist, den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse bzw. den Kampf für Teilforderungen oder Reformen auf das entscheidende Ziel zu orientieren: den Sturz der Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuterklasse, die sozialistische Revolution.

Aber oft war unser Fehler der, den Kampf für wichtige Tagesforderungen oder Reformen, den Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage des arbeitenden Volkes „links liegen zu lassen“. Aber nur in diesen Kämpfen kann die Arbeiterklasse sich auf die Entscheidungsschlacht gegen die kapitalistische Ausbeuterherrschaft vorbereiten. Nur durch das verstärkte Eingreifen in diese Kämpfe kann die Partei die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiterklasse schmieden.

Zweifellos versuchen die Agenturen der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, der DGB-Apparat und die Revisionisten, reformistische Illusionen in der Arbeiterklasse zu schüren. Sie versuchen den Kollegen weiszumachen, die Geschwüre und Geiseln des Kapitalismus, zum Beispiel die Massenarbeitslosigkeit, könnten ohne Revolution, ohne die Errichtung der Diktatur des Proletariats überwunden werden. Es bleibt unsere Aufgabe, dies zu widerlegen und zu entlarven. Andererseits war es jedoch ein schematisches und sektiererisches Herangehen, wenn wir in vielen Fällen richtige Forderungen, die vom DGB-Apparat oder von Revisionisten aufgegriffen wurden, einfach als reformistische Illusionsmache abgetan haben. Tatsache ist, daß die DGB-Bonzen und Revisionisten richtige Forderungen der Arbeiterklasse aufgreifen, daß sie sich in Worten dafür stark machen, damit sie ihren Einfluß in der Arbeiterklasse nicht verlieren.

Von der Partei wurden also in dieser Hinsicht linkssektiererische Fehler begangen, die aber bekämpft wurden und zunehmend korrigiert werden. Es ist richtig, daß solche Korrekturen nicht stillschweigend über die Bühne gehen dürfen. Sie müssen nicht nur innerhalb der Partei diskutiert werden, sondern auch außerhalb, unter den Massen. Auch im „Roten Morgen“ muß ausdrücklich dazu Stellung genommen werden. Es stimmt: in der Frage der 35-Stunden-Woche wäre das besser schon in einer früheren Ausgabe geschehen.

Übrigens: in den RGO-Nachrichten, die ja bekanntlich erst seit Mai dieses Jahres erscheinen, ist der falsche Standpunkt bezüglich Arbeitszeitverkürzung und Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nie vertreten worden.

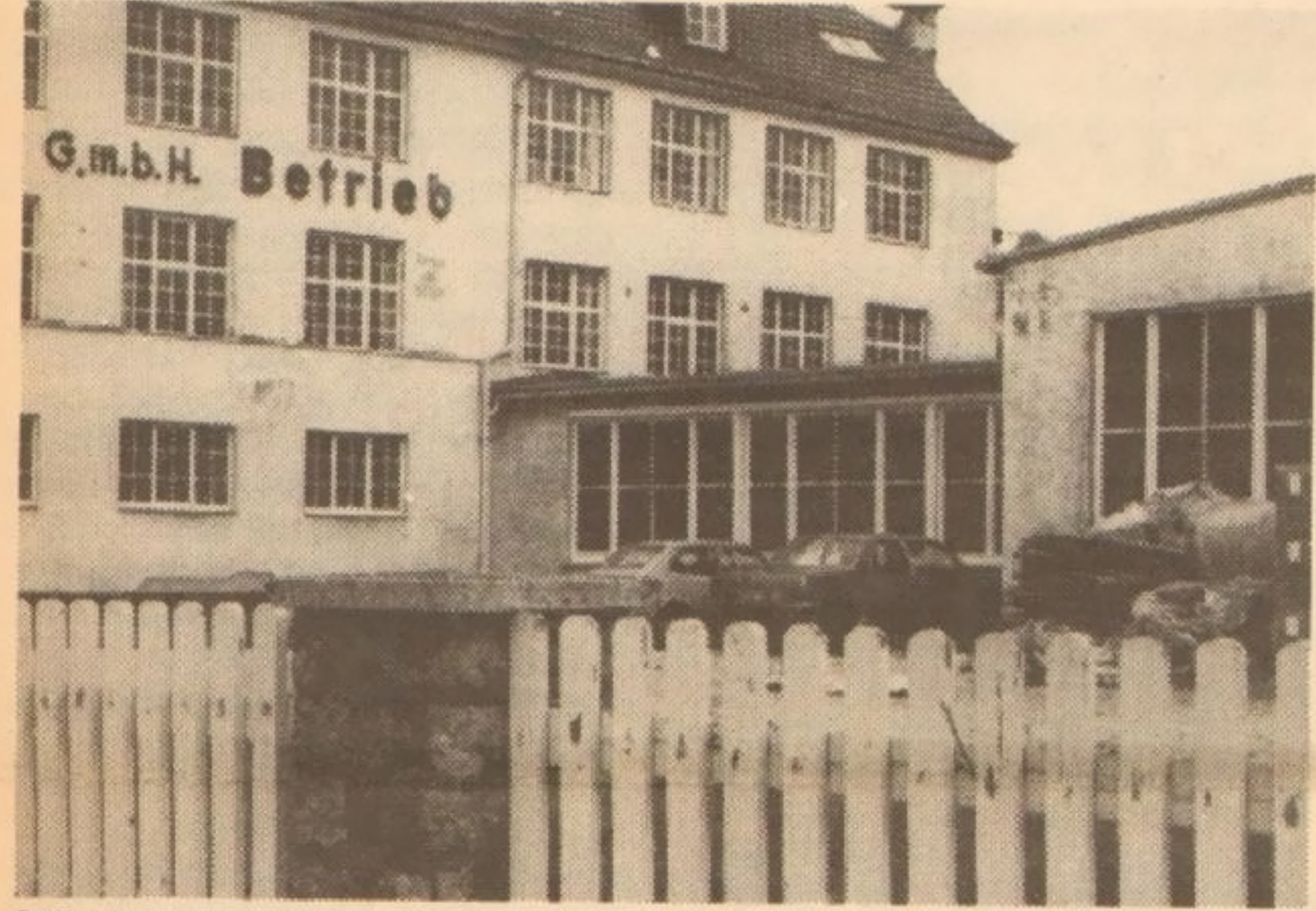
Interview mit einem Werktätigen Oberfrankens

Ganze Dörfer ohne Elektrizität

Wie in jedem kapitalistischen Land verschärft sich auch in Westdeutschland der Gegensatz zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, nimmt die soziale und kulturelle Benachteiligung der ländlichen Gebiete immer krassere Formen an. Viele ländliche Gebiete Westdeutschlands leiden obendrein noch durch die Spaltung der deutschen Nation, durch ihre Randexistenz und Isolierung infolge der mit Todesstreifen und Stacheldraht bewehrten Grenze. Ein solches Gebiet ist Oberfranken. Der „Rote Morgen" sprach mit einem werktätigen Bewohner dieser Region.

RM: Du wohnst in Oberfranken (Ofr.). Wie leben die Werktätigen in dieser Grenzregion?

Antwort: Das Leben im allgemeinen ist sehr schwer. Die Löhne liegen etwa 30 Prozent unter den in Westdeutschland üblichen Tarifen. Ein Facharbeiter geht selten mit mehr als 9 DM pro Stunde nach Hause. Zum Beispiel verdient ein Radio- und Fernsehmonteur bei Löwe Opta in Kronach 8,65 DM, in einer großen Schuhfabrik bekommt ein Betriebselektriker 9,11 DM und ein Akkordarbeiter allerhöchstens 12 DM. Die Arbeiterinnen einer Korbflechterei werden mit einem Stücklohn abgespeist, der 6,50 DM pro Stunde entspricht. So ist es die Regel, daß eine vier- bis fünfköpfige Familie mit 1.100-1.400 DM auskommen muß. Für Frauen und Jugendliche ist es extrem schwer, eine Arbeit zu finden.



Stillgelegte Fabrik in Altenkunstadt. Sie dient heute als Lagerhalle für Altpapier. Die Hälfte der entlassenen Arbeiter ist seit 1976 arbeitslos.

RM: In Oberfranken gibt es wenig Industrie. Welche Betriebe sind trotzdem erwähnenswert, und wie arbeiten die Werktätigen in ihnen?

Antwort: Hier herrschen vor allem drei Branchen vor: die Keramik- und Porzellanindustrie, die Bekleidungs- und Textilindustrie und die Möbelfabrikation. Außerdem haben die Elektrokonzerne Grundig, Löwe Opta und Siemens hier einige Zweigbetriebe. Vereinzelt existieren einige Metallbetriebe, die jedoch ökonomisch unbedeutend sind. Die Elektrokonzerne und einige Spinnereien lassen hauptsächlich Akkord- und Bandarbeit verrichten, weil die Löhne in dieser Region sehr niedrig sind und der Staat für die größeren Grenzlandbetriebe erhebliche Subventionen zahlt.

Die meisten anderen Betriebe arbeiten wie die Manufakturen des 18. und 19. Jahrhunderts. Das heißt, daß die Arbeiter unter menschenunwürdigen Bedingungen Schwerstarbeit verrichten müssen. In vielen dieser Betriebe fehlen die einfachsten maschinellen Hilfsmittel wie Kräne, Gabelstapler und Förderbänder. Daß diese veralteten Betriebe eine hohe Unfallquote aufweisen, ist selbstredend. Ebenso schlecht wie die technischen, sind die sozialen Arbeitsbedingungen. Tarifverträge sind die Ausnahme, Betriebsräte gibt es kaum, und die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft ist in etlichen Betrieben ein Kündigungsgrund. Hinzu kommt, daß Arbeiter, die eine kleine Landwirtschaft daheim haben, sich oft mit niedrigeren Löhnen begnügen. Das wird natürlich von den Kapitalisten schamlos zur Erpressung und Spaltung der gesamten Arbeiterschaft ausgenutzt.

Am schlimmsten geht es den ca. 80.000 Heimarbeitern. Meist sind dies Hausfrauen und Kinder, die täglich in den eigenen vier Wänden arbeiten und durchschnittlich 400 DM monatlich verdienen.

RM: Es fällt auf, daß man kaum 20- bis 30jährige sieht. Hängt das damit zusammen, daß junge Leute hier keine Arbeit finden und in die Großstädte abwandern?

Antwort: Ja, hin und wieder findet ein Jugendlicher zwar eine Lehrstelle, aber meist nur in solchen Handwerksbetrieben, die eine billige Arbeitskraft suchen, und nach der Lehrzeit ist der Traum vorbei. Wer sich nicht gleich als Hilfsarbeiter verdingen will, zieht in eine Großstadt ab. Die Folge ist eine rapide Überalterung. Besonders für die ländlichen Gebiete bedeutet das ein Ausbluten vieler Dörfer und Marktflecken.

RM: Stimmt es, daß ein ganz großer Teil der landwirtschaftlichen Betriebe nebenerwerblich bestellt werden?

Antwort: Es gibt in den meisten Dörfern höchstens noch *einen* Bauern, der allein von seiner Landwirtschaft leben kann. Alle anderen sind gezwungen, irgendwo arbeiten zu gehen. Die Landwirtschaft bedeutet für die Nebenerwerbsbauern nicht nur eine zusätzliche, mehrstündige Arbeit pro Tag mit Einsatz aller Familienmitglieder — einschließlich Greisen und Kindern —, sondern auch ein Verlustgeschäft. Flurbereinigung, Kosten durch die Umgemeindungen und notwendige Anschaffungen übersteigen meist den Ertrag aus den kleinen Landwirtschaften. In der Regel kann ein Nebenerwerbsbauer durch seine Arbeit auf dem Hof kaum dessen Wert erhalten. Viele Höfe sind heruntergekommen und bieten den Bewohnern kaum eine menschenwürdige Behausung.

RM: Es soll in Oberfranken eine Reihe Dörfer geben, die ohne Strom, Wasser und Kanalisation existieren müssen. Wie sieht überhaupt die soziale Versorgung der Landbevölkerung aus?

Antwort: Man muß sich schon manchmal auf dem Kalender vergewissern, daß man nicht im 18. Jahrhundert lebt. Etliche Dörfer, besonders aber die Einzelhöfe, sind ohne direkte Energieversorgung. In der Gegend zwischen Kronach und Kulmbach zum Beispiel sind einige Dörfer ohne Elektrizität, obwohl riesige Überlandleitungen vorhanden sind. Mit einem eigenen Dieselgenerator müssen viele Familien ihren Strom erzeugen. Da diese Geräte meistens aber nur 110 Volt produzieren, kommen kostspielige Umrüstungen für alle Elektrogeräte zusätzlich dazu. Wer sich allerdings keinen Generator leisten kann, muß mit Petroleumlampen vorlieb nehmen.

Wasser und vor allem Kanalisation werden flächenmäßig erst seit den letzten Jahren installiert, diese Arbeiten sind aber noch lange nicht vollständig abgeschlossen.

Besonders schlecht sind in Oberfranken die Verkehrsbedingungen. Der Eisenbahnbetrieb wurde in den letzten Jahren auf fünf Linien zusammengestutzt und sämtliche Nebenstrecken wurden stillgelegt. Außer der Autobahn Nürnberg-Hof existieren noch einige Kilometer ausgebauter Bundesstraße. Die übrigen Straßen sind nicht ausgebaut und eine stete Gefahr für die Befahrer. Zwischen manchen Orten gibt es allerdings nur Schotterpisten, die obendrein auch noch den Titel „Bayrische Staatsstraßen" tragen. Nahverkehrsmittel gibt es kaum. Wer kein eigenes Auto hat, muß für Arzt- und Amtsbesuche oft einen ganzen Tag in Kauf nehmen.

Besonders schlecht ist es um die medizinische Versorgung bestellt. Fachärzte gibt es fast nur in den Kreisstädten. Unverschämte Behandlung der Patienten ist die Regel, genauso die langen Warte- und Anmeldezeiten.

RM: In Bayern wurde kürzlich die Gebietsreform vollzogen. Das Beispiel Ermershausen in Unterfranken hat gezeigt, daß die Landbevölkerung nicht gewillt ist, die Zentralisierung der kapitalistischen Staatsgewalt und die Zerstörung der dörflichen Gemeinschaft widerspruchslos hinzunehmen. Gibt es diese Bewegung auch in Oberfranken?

Antwort: Ja, wenn auch das Aufbegehren des Volkes nicht in einem militanten Verteidigungskampf des Volkes mündete wie in Ermershausen. Allerdings hat die Regierung von Oberfranken der Landbevölkerung auch erhebliche Zugeständnisse machen müssen. Die meisten der betroffenen Gemeinden haben sich in „Verwaltungsgemeinschaften" zusammengeschlossen und somit weitgehend ihre Eigenständigkeit bewahrt. Bei einem Teil der Bevölkerung hat dieses Zugeständnis die vorhandenen Illusionen in diesen Staat sicher noch gestärkt. Andererseits gibt es allerorts Bürgerinitiativen und Aktionsgemeinschaften, die sich gegen einzelne Mißstände richten. Diesen Widerstand zusammenzufassen und ihm eine klare politische Führung zu geben, ist eine wichtige Aufgabe unserer Partei auf dem Lande.



Dieser 76jährige Bauer arbeitet noch bis ins hohe Alter 16 Stunden am Tag. Er versorgt allein das Vieh und die Felder. Sein Sohn und seine Schwiegertochter müssen in die Fabrik arbeiten gehen.

Ein wichtiger Teil dieses Kampfes muß sich gegen die Zerstörung der Natur durch Militär und Industrie richten. Alljährlich finden in Nordbayern wenigsten zwei Übungen der NATO statt. Immer wieder werden Äcker, Wälder, Straßen und Dörfer verwüstet. Der angerichtete Schaden trifft in erster Linie die kleinen und Nebenerwerbsbauern, die ihre Ernte nicht rechtzeitig einbringen konnten, oder mit ihren unzureichenden Geräten den entstandenen Schaden selbst nicht beheben können. So entsteht neben Ernteschäden vielfach eine erhebliche Verödung und Verkarstung der Landschaft.

Ebenso schwerwiegend ist der Schaden, den die Industrie anrichtet. Der Main ist einer der am meisten verunreinigten Flüssen in Westdeutschland. Schon an seinem Oberlauf bei Kulmbach und Bayreuth leiten viele Textil- und Holzbetriebe ihre Abwässer ungereinigt in den Main, der kilometerweit zu einer stinkenden und schäumenden Kloake geworden ist, eine Brutstätte für gefährliche Mikroorganismen. Dörfer und Gemeinden — Tausende von Menschen —, die ihr Wasser aus Brunnen und Wasserwerken der Mainauen beziehen, werden immer wieder von epidemisch auftretenden Darmgrippen heimgesucht.

RM: Oberfranken hat eine lange, gemeinsame Grenze mit der DDR. Wie wirken sich Stacheldraht und Minenfeld auf den Alltag in Oberfranken aus?

Antwort: Nun, in erster Linie sind Zehntausende von Familien willkürlich zerrissen. Diese Familien nehmen die Trennung keinesfalls als endgültig und unabänderlich hin. Immer wieder kommt es zu illegalen Kontakten von hüben nach drüben. Dort, wo der Stacheldraht Dörfer in der Mitte durchtrennt oder zwischen zwei Orten hindurchläuft, sind die Kontakte natürlich am engsten.

Aber ebenso schwer wie die familiäre Trennung wirkt sich die kulturelle und wirtschaftliche Trennung aus. Seit Jahrhunderten bestehen enge wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zwischen Oberfranken, Thüringen und Sachsen. Über Jahrhunderte war dieser Raum das politische Herz Deutschlands. Weder die Imperialisten in Ost noch in West werden auf Dauer eine Trennung etablieren können.

Das deutsche Volk wünscht die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands — ohne Stacheldraht und willkürliche Trennung.





Diese Bauernhäuser in Oberfranken stehen kurz vor dem Verfall, sie sind jedoch bewohnt. Zur Instandhaltung und Renovierung fehlt das Geld.



Die Bürger von Ermershausen wehren sich gegen die Eingemeindung. Jedes Haus der Hauptstraße entlang trägt wenigstens ein Transparent.

Westberliner Behörden

Hunderte pakistanischer Flüchtlinge zurückgejagt

Hunderte politisch verfolgter Pakistani,, die in Westberlin Antrag auf politisches Asyl gestellt hatten, wurden in den letzten Wochen unter Polizeibewachung in sogenannte „Sammeltransporte" gepfercht und abgeschoben: zurück nach Pakistan. Weitere solcher „Sammeltransporte" werden bereits organisiert. Welches Schicksal diese Menschen in dem Land erwartet, aus dem sie fliehen mußten — das interessiert die Behörden und Politiker des Bonner Staates nicht.

Wie plustern die Herren sich doch immer als Anwälte von Menschlichkeit und christlicher Nächstenliebe auf! Ihre Taten dagegen sehen anders aus. Glauben sie etwa, sie könnten mit den schäbigen 30 Dollar, die sie laut Presseberichten jedem der Abgeschobenen „großzügig" auf die Reise ins Ungewisse mitgegeben haben, die Unmenschlichkeit dieser Handlungsweise vergessen machen?

Der Bonner Staat hält sich viel für sein angeblich liberales Asylrecht zugute. Aber die Tatsachen beweisen, daß die Anwendung dieses Asylrechts keineswegs von irgendwelchen humanitären Gesichtspunkten geleitet ist. Vielmehr verfolgt der Bonner Staat damit machtpolitische Erwägungen und kalte außenpolitische Berechnung. Er benutzt das Asylrecht als eines von vielen Instrumenten seiner reaktionären und revanchistischen Außenpolitik, die von den wirtschaftlichen und militärischen Interessen des westdeutschen Monopolkapitals bestimmt wird.

Pakistan beispielsweise ist ein Land, dessen Regierung sich an den westlichen Imperialismus anlehnt, vor allem an die USA. Es ist abhängig von diesen Mächten und wird von ihnen ausgesaugt. Also hat Bonn kein Interesse daran, politisch Verfolgten aus diesem Land eine Zuflucht zu gewähren. Noch geringer ist dieses Interesse im Falle von politischen Flüchtlingen aus Ländern wie z. B. dem Iran oder Chile. Und zwar weil dort nicht nur befreundete, d. h. vom westlichen Imperialismus völlig abhängige Regime an der Macht sind, sondern weil viele der Flüchtlinge dieser Länder Freiheitskämpfer sind, also eine demokratische, antiimperialistische und revolutionäre Gesinnung haben. Wie oft haben sich die Behörden der Bundesrepublik oder Westberlins geweigert, Verfolgten aus solchen Ländern Asyl zu gewähren, haben sie sie zurückgejagt und den Folterknechten und Henkern ans Messer geliefert!

Anders steht die Sache für Bonn, wenn es sich um Flüchtlinge aus Staaten des Warschauer Pakts oder aus Ländern handelt, die unter dem Herrschaftsbereich des russischen Sozialimperialismus stehen. Ausgesprochene Sympathie hegt Bonn allerdings nur für Flüchtlinge, die vor dem revolutionären Kampf des Volkes das Weite gesucht haben. Würde morgen in Pakistan das Volk seine Tyrannen und Bedrücker stürzen und ein revolutionäres, unabhängiges Pakistan errichten — mit Sicherheit wären die pakistanischen Großgrundbesitzer und Kapitalisten, die Bonzen und Lakaien des US-Imperialismus, die sich bei uns in Sicherheit bringen wollten, den Behörden willkommen. Wie war es doch noch, als vor wenigen Jahren das vietnamesische Volk die amerikanischen Imperialisten und deren vietnamesische Handlanger und Vaterlandsverräter besiegten und aus dem Lande jagten? Plötzlich waren vietnamesische Flüchtlinge „unsere lieben Gäste" (ganz im Gegensatz zu vorher, wo man Vertretern der Befreiungsfront die Einreise in die Bundesrepublik verweigerte).

Heute werden die verfolgten Pakistaner wie Vieh zurückgejagt. Sie sind unerwünscht. Es ist nicht im Interesse der Politik Bonns, sie aufzunehmen. Und nicht nur das: gegen zehn Rechtsanwälte, die den Pakistanern geholfen haben, ihre Asylanträge zu stellen, hat der Westberliner Senat Ehrengerichtsverfahren eingeleitet!



Wie Verbrecher werden die ausgewiesenen Pakistani von der Polizei zum Flugzeug transportiert, mit dem sie unser Land verlassen müssen

NATO und Bundeswehr

Zerschlagung von Demonstration geprobt

„Subversive Kräfte, Sabotagetrupps, Banden und Kommandos" waren zu bekämpfen. Die ortsansässige Zeitung „Rhein-Sieg-Anzeiger" sagte es noch offener: „Gegner war diesmal nicht der Feind im Osten, sondern die Zersetzer aus dem Inneren. Rot waren sie allemal, deutlich zu sehen an den Armbinden, die sie tragen mußten."

Der Notstand wurde wieder einmal geübt. 500 NATO-Reservisten aus dem Rhein-Sieg-Kreis und aus Bonn waren bei dem Manöver im Einsatz. Erster Akt der Bürgerkriegsübung: eine Demonstration wurde zerschlagen. Und nicht nur Soldaten waren auf die Vernichtung des „Inneren Feindes" angesetzt. Die Übung diente auch dazu, die Zusammenarbeit der zivilen Behörden mit dem Militär bei der "Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung" zu proben. Der „Rhein-Sieg-Anzeiger" berichtet: „Sachkundige Kreisprominenz, an der Spitze Paul Kieras und auch Landrat Dr. Möller, entnahmen der Mobilmachung wichtige Erkenntnisse. Auch die Kreisverwaltung selbst hatte aktiv mitgemacht und im Kreishaus an der Sieg eine Befehlsstelle eingerichtet." Und das Lokalblatt wußte gar zu berichten: „Erfolg hatten Eitorfs Bürgermeister und begleitende Feldjäger... Gemeinsam konnten sie in Eitorf ein von Demonstranten bedrohtes Bundeswehrfahrzeug befreien. Ein angenommener Fall für den Notstand."

Hier wird in sehr anschaulicher Weise deutlich, wie die praktische Anwendung der Notstandsgesetze aussehen soll. Gegen Demonstrationen und Streiks wird Militär eingesetzt. Die Behörden unseres „demokratischen Rechtsstaats" richten „Sonderbefehlstellen" ein und beteiligen sich „aktiv" an der „Erledigung von Unruhestiftern". (Eine andere Frage ist, ob der Bürgermeister von Eitorf „im Ernstfall" auch so mutig in das Kampfgeschehen eingreift). Hier zeigt sich außerdem auch, was davon zu halten ist, wenn uns die offizielle Propaganda immer weismachen will, die NATO-Truppen seien hier stationiert, um uns zu „verteidigen". Die eingesetzten Reservisten gehörten einer Einheit des NATO-Territorialheeres an, das speziell für solche Aufgaben ausgebildet wird.

Es ist auch alles andere als ein Zufall, daß in den letzten Monaten und Jahren mit anhaltender Krise und Arbeitslosigkeit Bürgerkriegsübungen in der Bundesrepublik und in Westberlin immer häufiger werden. Und zwar sowohl seitens der Bundeswehr- und NATO-Truppen als auch der Polizei und des Bundesgrenzschutzes. Kaum ein Monat vergeht, wo nicht der Häuserkampf, die Erstürmung besetzter Fabriken oder die Zerschlagung von Demonstrationen mit militärischen Mitteln geprobt wird. Der „innere Feind" — das ist die Arbeiterklasse, sind die werktätigen Massen, die sich zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung erheben.

Solidarität kennt keine Grenzen

Von Genossen, die sich im Urlaub in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien aufhielten, wurde die Solidarität mit den neun angeklagten Hamburger Antifaschisten organisiert.

Gerade unter den französischen Gästen in Albanien stieß der Bericht über das Verfahren auf große Empörung. Hat das französische Volk doch selber unter der Nazi-Besatzung zu leiden gehabt und deshalb ein besonderes Interesse daran, daß sich in Deutschland nie wieder der Faschismus breit macht. 27 französische Antifaschisten unterschrieben schließlich eine Resolution, in der sie sich mit den Angeklagten solidarisch erklären und fordern: Freiheit für die neun Antifaschisten! Die deutsche Fassung dieser Resolution wurde dort in Albanien von 87 deutschen Antifaschisten unterzeichnet. Um aber noch direkt zum Prozeßbeginn nach den Sommerferien den Protest zum Ausdruck zu bringen, sandten die Genossen folgendes Protesttelegramm direkt an den Gerichtssaal:

„Über 100 deutsche und französische Antifaschisten unterstützen aus Albanien eure Forderung: ‚Sofortige Einstellung des Strafverfahrens.'" Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland erfuhren die deutschen Genossen dann, daß das Telegramm tatsächlich rechtzeitig in Hamburg angekommen war und während der Verhandlung von den Angeklagten vorgelesen wurde. Auch der Richter mußte also zur Kenntnis nehmen, daß die Solidarität mit den Angeklagten keine Grenzen kennt!

Dortmunder Bahnhof von Polizei besetzt

Die Terroristenhysterie im Gefolge der Erschießung Willy Peter Stolls führte am vergangenen Freitag dazu, daß in Dortmund ein ganzer Zug gestoppt und durchsucht wurde. Ein übereifriger Zeitgenosse wollte den als „Terroristen" gesuchten Rolf Heißler im Intercity-Zug 637 in Köln erkannt haben. In Duisburg machte er eine Meldung, so daß ein riesiges Polizeiaufgebot wenig später den Dortmunder Hauptbahnhof stürmte und einen Bahnsteig räumte. Der Zug wurde gestoppt und durchsucht — ohne Erfolg! Das ist nur ein Beispiel von vielen, wie die Polizei ihre „Terroristen"-Jagd als Vorwand nimmt, Bürgerkriegsmanöver gegen die werktätige Bevölkerung durchzuführen. Die Zahl dieser Polizeieinsätze allein in der Zeit nach der Tötung Stolls ist unbekannt, weil sie in den überregionalen Presseorganen ganz bewußt und systematisch verschwiegen werden. Lediglich in den Lokalzeitungen finden diese Vorfälle in Zehn-Zeilen-Notizen Beachtung.

Chemische Keule nun auch im Erftkreis im Einsatz

Wieder einmal stellt der Kaufhauskonzern Horten seine Räume für eine Propagandaschau der Polizei zur Verfügung. Diesmal in Bergheim im Erftkreis bei Köln. Die Polizei nutzte die Gelegenheit, um nun auch in dieser Region die „Chemische Keule" einzuführen. Oberkreisdirektor Dr. Benz führte die Waffe vor.



Europäischer Gerichtshof stellt sich hinter Abhörgesetz

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat jetzt eine Beschwerde von fünf deutschen Juristen gegen das sogenannte „G-10"-Gesetz, das Abhörgesetz, zurückgewiesen. Nach diesem Gesetz aus dem Jahre 1968 dürfen der Bundes- bzw. die Länderinnenminister dann, wenn sie eine Gefährdung der inneren oder äußeren Sicherheit der Bundesrepublik vermuten, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis aufheben. Seit dem letzten Jahr gilt das auch für alle Personen, die der Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung" verdächtigt werden. Die Betreffenden erfahren von dieser Bespitzelung nichts und haben deshalb keinerlei Möglichkeit, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Auch dann nicht, wenn die Behörden nachträglich feststellen, daß sie jemanden fälschlicherweise verdächtigt haben.

Diese eklatante Verletzung der Menschenrechte hält der Europäische Gerichtshof aber für „notwendig zur Erhaltung der nationalen Sicherheit und Wahrung der öffentlichen Ordnung in einem demokratischen Staat". Was soll man zu solchen „Menschenrechtsverteidigern" noch sagen?

CSU zu Bespitzelung an Schulen

Keinerlei Hemmungen hat die CSU, wenn es um die Verteidigung der Machenschaften des Verfassungsschutzes an den Schulen geht. So erklärt der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayrischen Landtag: „Wir wissen, daß Schüler in verfassungsfeindlicher Weise beeinflußt werden. Da kann man nicht bloß zuschauen." Und: „Es wäre ein schlamperter Verfassungsschutz, wenn er Schulen als Freiräume aussparen würde." Der Verfassungsschutz müsse „überall sein". (Zitiert nach der „Süddeutschen Zeitung" vom 7. 9. und der „Frankfurter Rundschau" vom 8. 9. 78).

Festumzug mit Hakenkreuz

Vier Vereinsangehörige marschierten bei einem Festumzug des Krieger- und Soldatenvereins Döckingen (bei Donauwörth) in Wehrmachtsuniformen mit Hakenkreuzemblemen. Polizei und Justiz haben Ermittlungen eingeleitet. Höheren Orts haben die Betreffenden aber jetzt schon Fürsprache gefunden. So erklärten der bayrische Wirtschaftsminister (CSU) und der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses (SPD) übereinstimmend, die Hakenkreuze seien „nicht in böser Absicht" getragen worden!

Der Tod von Klaus Beinert und die strafrechtlichen Folgen

Im Januar dieses Jahres hatte der Frankfurter Kriminalbeamte Eppstein den 24jährigen Klaus Beinert kaltblütig erschossen. Jetzt wird es aller Wahrscheinlichkeit nach zum Prozeß kommen. Allerdings nicht gegen den Polizisten, sondern gegen den presserechtlich Verantwortlichen eines Flugblattes der Roten Hilfe e. V.

Weil es in dem Flugblatt geheißen hatte: „Für Polizeiführung und Staatsanwaltschaft ist klar: weil es ein Polizist war, der geschossen hat, muß es Notwehr gewesen sein." Und: „Gewisse Tatsachen beweisen, daß die Notwehrthese an den Haaren herbeigezogen ist", fühlte sich die Polizei beleidigt und erstattete Anzeige. Das erschien zunächst selbst dem Staatsanwalt nicht haltbar. Er stellte die Ermittlungen ein. Frankfurts Polizeipräsident legte dagegen Beschwerde ein. Erfolg: Der Beschwerde wird stattgegeben, und der gleiche Oberstaatsanwalt, der vorher das Verfahren eingestellt hatte, unterschreibt jetzt die Anklageschrift!

Sozialverwaltung leistet Zuträgerdienste für die Polizei

Was schon wiederholt Proteste bei den Werktätigen hervorgerufen hatte, wurde jetzt auch vom Bundesbeauftragten für Datenschutz, Peter Bull, bestätigt: die Weitergabe von Informationen der Sozialverwaltungen an die Polizei!

Beim „Zweiten Internationalen Kolloquium über Datenverarbeitung in der sozialen Sicherheit" erklärte er: in einem Umfang, der noch zu klären sei, fänden Datenübermittlungen aus dem Bereich der Sozialverwaltung an andere Behörden, zum Beispiel Polizei, Staatsanwaltschaften und Verfassungsschutz, statt!

Kampf der Bespitzelung der Werktätigen durch den Bonner Staat!

Leserbriefe

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Nicht gefallen...

...hat einigen Lesern unser Artikel „Nach der ‚Panne' verstärkte Terroristenhysterie" im RM Nr. 35/78. Ein Leser aus Essen schreibt dazu unter anderem:

„Was wollt ihr da eigentlich sagen? Hat also Albrecht die drei Anarchisten beauftragt, mit der Polizei Räuber und Gendarm zu spielen, um der Regierung eins auswischen zu können? Oder war alles von Klar und Herold abgesprochen, vielleicht unter Mithilfe von Albrecht, der ja nicht nur aus Zufall schon vorher alles wußte? Warum schreibt ihr Panne mit „..."?

Antwort der Redaktion: Nun, wir wollten auf diese „Art" keinesfalls zum Ausdruck bringen, daß es sich bei der Panne um ein abgekartetes Spiel zwischen Christian Klar, Willi Peter Stoll und Adelheid Schulz handelte. Daß dieser Eindruck bei einigen Lesern entstanden ist, bedauern wir sehr.

Daß wir von „Panne" schrieben, hatte den Grund, daß wir uns zum damaligen Zeitpunkt nicht sicher waren, ob es sich bei den Ereignissen im Odenwald wirklich um eine Panne handelte oder um eine propagandistische Ente der Bourgeoisie, die für „Warnungen" vor einem „heißen Terrorherbst" u. ä., die in den Tagen zuvor in allen möglichen Zeitungen standen, den „Beweis" liefern sollte. Daß diese unsere Zweifel falsch waren, zeigte sich dann bald. Daß wir überhaupt Zweifel an der Echtheit der Panne gehegt haben, liegt daran, das müssen wir selbstkritisch feststellen, daß wir in diesem Fall die Dummheit der Polizei eindeutig unterschätzt haben. Im Unterschied etwa zu unserem Leser aus Essen und dessen Arbeitskollegen, über deren Meinung es in der Zuschrift heißt: „Ich habe bei Arbeitskollegen festgestellt, daß sie Schadenfreude hatten, weil die Drei die Polizei narrten. Für mich war dieser Gesichtspunkt bei der ganzen Sache auch sehr wichtig: Der Staatsapparat ist nicht allmächtig, trotz GSG 9 und trotz supermodernem BKA."

Spenden

I. Spenden für die KPD/ML anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der Partei

Datum	Spender	Betrag
26.8.	Skatrunde Rüsselsheim	33,00 DM
1.9.	U. B., Göttingen	50,00 DM
1.9.	K. D. R., Kiel	50,00 DM
4.9.	RAKT-Veranstaltung Bochum	334,96 DM
4.9.	D. u. J. F., Göttingen	10,00 DM
4.9.	J. H., Breuberg	20,00 DM
5.9.	C. H., Würzburg	1.000,00 DM
5.9.	C. G., Düsseldorf	10,00 DM
7.9.	J. W., Bensberg	100,00 DM
7.9.	Kunden Buchladen RM Bochum	62,26 DM
8.9.	R. F., Eckenthal	10,00 DM
	Zusammen	1.680,22 DM

II. Spenden für den „Roten Morgen"

Datum	Spender	Betrag
4.9.	P. K., München	200,00 DM
7.9.	H. D. H., Wuppertal	10,00 DM
7.9.	J. P., Bremen	20,00 DM
	Zusammen	230,00 DM

III. Spenden für die Rote Garde

Spender	Betrag
Genossen aus Nürnberg	240,00 DM

Damit gingen seit letzter Woche 2.150,33 DM an Spenden für die KPD/ML und die Rote Garde ein! Wir danken allen Freunden und Genossen für ihre Spende. Der Anfang für die Spendenkampagne 100.000,00 DM für die KPD/ML anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der Partei ist gemacht. Jetziger Stand der Kampagne: 1.680,22 DM.

Diesem RM liegt eine vorgedruckte Zahlkarte für das Postscheckkonto der KPD/ML bei. Ihr braucht nur noch Betrag und Absender einzusetzen!

100.000 DM für die KPD/ML

Spendet auf die Konten der KPD/ML:

Postscheckamt Dortmund 6420-467

Stadtsparkasse Dortmund 321 004 547

Stichwort: 10 Jahre KPD/ML

Veranstaltung

Solidaritätsveranstaltung mit den angeklagten Hamburger Antifaschisten und Bericht von der Albanien-Tournee Hamburg, 16.9.78, um 19.30 Uhr im Curio-Haus, Rothenbaumchaussee, Veranstalter: „Rotes Sprachrohr" Hamburg

Demonstration

Die Initiative „Front gegen Reaktion und Faschismus" ruft zur Demonstration gegen den Landesparteitag der NPD auf. Abmarsch: 17.9.78, 10 Uhr in Bünde, Roonstraße, gegenüber Bahnhof.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
- ○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Wiesbaden:

Bevölkerung protestiert gegen Stationierung von BGS-Einheit

Volkskorrespondenz aus Wiesbaden

Etwas außerhalb, südwestlich von Wiesbaden, liegt die Siedlung „Fort Biehler". Hier befinden sich die Trümmer einer geschliffenen Festung aus dem Krieg von 1870/71. Sie sind von einem kleinen Wäldchen umgeben. Ende der dreißiger Jahre begannen die ersten Landarbeiter, sich dort kleine Häuschen zu bauen. Nach dem Krieg kamen noch andere hinzu, so daß heute dort etwa 200 Erwachsene mit ihren Kindern leben. Bis auf wenige Ausnahmen sind alle Werktätige.

Häufig hört man bürgerliche Politiker und Parteien von der „Steigerung der Lebensqualität" reden. Was davon zu halten ist, darüber können die Siedler am Fort Biehler berichten:

- Östlich der Siedlung befindet sich eine große Kaserne der US-Besatzer. Als dort vor einigen Jahren Panzereinheiten stationiert wurden, beteuerten alle verantwortlichen Politiker, daß die Panzer nur per Bahn transportiert würden. Die Panzer donnern jetzt aber nachts bis zu vier Stunden lang über die Straße an der Siedlung. Durch den Lärm können die Anwohner schlecht schlafen. Die Unfallgefahr ist sehr groß. Kaum einem Siedler täte es leid, wenn die Panzer durch außergewöhnliche Maßnahmen an der Durchfahrt gehindert würden.
- Von Westen her wird ein riesiger Steinbruch von der Firma Dyckerhoff immer weiter vorangetrieben und engt die Siedlung ein.
- Seit langem fordern die Siedler, daß das Wäldchen um die Festungsruine freigegeben und dort ein Naherholungsgebiet errichtet wird. Das Wäldchen ist aber bis auf einen kleinen Streifen abgesperrt, und das „Technische Hilfswerk" und die Feuerwehr üben dort.
- Östlich der Siedlung soll eine Autobahn gebaut werden, die direkt an den Häusern vorbeiführt.

So wird die Siedlung von allen Seiten eingeschlossen. An der einzigen Seite, wo noch freies Feld ist, soll jetzt eine BGS-Einheit stationiert werden!

Klar, daß das alles den Siedlern zuviel wurde und sie sich zur Wehr setzen wollen. Etwa 90 Prozent lehnen die Stationierung der BGS-Einheit (vermutlich sogar GSG) ab.

Sofort wurde von offizieller Seite abgewiegelt: es sei nur eine kleine Kaserne mit Unterkünften geplant — an Wochenenden könnten auch die Siedler zwischen den Wohnblocks wandeln wie in einem Sanatorium usw. Aber daran glaubt man nicht. Vielmehr befürchten die Anwohner einen schrittweisen Ausbau der Kaserne, Anlage von Hubschrauberlandeplatz, KFZ-Park, Übungsbetrieb und anderes mehr. Das Wäldchen sollen die Anwohner nach Stationierung des BGS auch nur dann betreten dürfen, wenn keine rote Flagge aufgezogen ist!

Vertreter der Siedler versuchten im zuständigen Ortsbeirat Kastel, die Stationierung der BGS-Einheit zu verhindern. Zum Schein wurden sogar Mitglieder des Ortsbeirats nach Bonn eingeladen. Aber die Hoffnungen der Siedler auf den Ortsbeirat wurden enttäuscht — denn der Ortsbeirat, egal wie er sich entscheidet, hat nur „beratende Stimme"!

Entschieden wurde längst ganz woanders, nämlich in Bonn, wo man in Sachen BGS-Stationierung zuständig ist. So gibt es Straßenkarten aus dem Jahre 1976, auf denen bereits eine geplante Autobahnverbindung an das Gelände, wo die BGS-Einheit hinkommen soll, eingezeichnet.

Das Beispiel der Siedlung am Fort Biehler zeigt eines ganz klar: Bei unseren Verhältnissen zählt einzig und allein, was die hohen Herren wollen. Auf die Werktätigen wird keinerlei Rücksicht genommen. Aber das letzte Wort in der Angelegenheit Fort Biehler ist noch nicht gesprochen.

Nazi-Kundgebung wird zum „Eiertanz"

Volkskorrespondenz aus Essen

Am Samstag, den 2. 9. 78 wollten die Neofaschisten der NPD zum zweiten Mal innerhalb von drei Monaten in Essen eine öffentliche Kundgebung abhalten, um ihre Hetzpropaganda unter die Bevölkerung zu bringen. Während sie es am 3. Juni angesichts des von vielen empörten Antifaschisten besetzten Kundgebungsplatzes gar nicht erst wagten aufzutreten, konnten sie dieses Mal im Schutz eines großen Polizeiaufgebots ihre Lautsprecheranlage aufbauen.

Von der Front gegen Reaktion und Faschismus aus hatten wir ein Flugblatt, Unterschriftenlisten und Protestschilder vorbereitet. Die Flugblätter wurden spontan von anderen Antifaschisten mitverteilt, und auch die Protestschilder wurden von empörten Bürgern getragen. Außerdem hatten wir Trillerpfeifen gekauft und verteilten sie an die anwesenden Antifaschisten.

Die Nazi-Kundgebung wurde nun zum reinsten „Eiertanz": Viele Antifaschisten begannen beim ersten Wort des Redners ein lautstarkes Pfeifkonzert. Immer wieder wurden die Parolen „Nazis raus!" und „Wir haben den Faschismus satt — Nazis raus aus dieser Stadt!" gerufen. Aber vor allem gab es Beifallsstürme, als in immer kürzeren Abständen ein Eierhagel stattfand, den die Nazis meist vergeblich mit ihren NPD-Schildern abzuwehren versuchten. Es rannten auch empörte Passanten in das nächste Kaufhaus, um für Eiernachschub zu sorgen, der innerhalb von Sekunden wieder verbraucht war.

Obwohl wir es leider nicht ganz verhindern konnten, daß die faschistische Rede der Nazis verstanden werden konnte, war die ganze Aktion jedoch ein Erfolg für die Antifaschisten und eine vollkommene Niederlage für die NPD, deren Leute am Schluß der Kundgebung auch äußerlich aussahen wie sie wirklich sind: wie Schweine.

Als die Kundgebung vorbei war, bauten wir noch für zwei Stunden einen Stand auf und konnten in dieser kurzen Zeit noch über 100 Unterschriften sammeln, mit denen u. a. gefordert wird, daß die Stadt Essen keine Genehmigungen mehr für öffentliche Nazi-Propaganda erteilt. Dabei ergaben sich auch mehrere Kontakte zu Menschen, die in der Front gegen Reaktion und Faschismus mitarbeiten wollten!

„Tag der offenen Tür" in Essener Bundeswehr-Kaserne:

Rote Garde nutzt die Gelegenheit

Volkskorrespondenz aus Essen

20 Jahre Bundeswehrkaserne Essen-Kupferdreh: ein Anlaß zum Feiern? Für die Bundeswehrherren jedenfalls Anlaß genug zu einem Spektakel größten Ausmaßes.

Am 3. September wurde am Tag der offenen Tür „alles aufgeboten, was aufzubieten ist" (WAZ). Panzer, Starfighter, Hubschrauber, Raketen und Kanonen wurden gezeigt. Die Essener Geschäftswelt demonstrierte im Programm ihr gutes Einvernehmen mit der Bundeswehr, und der Stand einer Zigarettenmarke warb für den „Geschmack von Freiheit und Abenteuer". Zünftig eingeleitet wurde das ganze morgens um acht mit einem Feldgottesdienst, und abends gab es noch eine besondere Attraktion: Zum Anstoß des Fußballspiels war persönlich gekommen — wer wohl? —: Ruhrbischof Hengsbach. Na, wenn das nichts war!

Damit auch alles seinen „geordneten Gang" geht, hatte Oberstleutnant Trott schon einige Tage zuvor in der „WAZ" angekündigt: „Für zügigen Ablauf sorgen zahlreiche Polizeibeamte sowie eigene Kräfte." Von der Sorte gab es denn auch genug zu sehen. **Wer aber geglaubt hatte, die Bundeswehr könnte ihre Schau ungestört abziehen, der sah sich getäuscht: Zahlreiche Flugblätter tauchten auf, Flugblätter der Roten Garde zum Roten Antikriegstag und Flugblätter, die von außen wie eine Extraausgabe der „Neuen Ruhr Zeitung" aussahen, die auf den Innenseiten aber die wahren Ziele der Bundeswehr entlarvten.** Dort wurde gezeigt, daß die Waffen der Bundeswehr gebaut wurden, „um die unersättliche Gier unserer Großindustrie nach neuen Absatzmärkten und Rohstoffquellen zu stillen", daß sich die Waffen gegen die Bevölkerung selbst richten, daß es nach dem Willen der Kapitalisten Aufgabe der Bundeswehr ist, den revolutionären Kampf der Arbeiter im Blut zu ersticken.

Und in den Flugblättern wurde auch gesagt, daß „die KPD/ML und die Rote Garde alles daran setzen, um zu verhindern, daß wieder Arbeiter auf Arbeiter schießen, daß sie kämpfen für ein Deutschland, in dem die Arbeiter das Sagen haben und von dem nie wieder ein Krieg ausgehen soll".

Schulleitung diktiert Unterrichtsbeginn

Mitwirkung der Eltern — eine Farce!

Volkskorrespondenz aus Dortmund

Im Dortmunder Westen hört es nicht auf mit den skandalösen Vorfällen an den Schulen!

Nette: ein Stadtteil mit teilweise Neubaugebieten, aber auch vielen ländlichen Teilen. Die Schüler müssen also teilweise ziemlich weit zum Schulzentrum (für die drei Schulen Hauptschule, Realschule und Gymnasium) laufen oder fahren.

Diese Schulen beginnen ihren Unterricht seit dem neuen Schuljahr bereits um 7.30 Uhr. Obwohl Eltern und Schüler und auch einige Lehrer dagegen sind, wurde dies von der Schulleitung so entschieden.

An den Schulen gärt es, denn die Eltern sind empört über das Vorgehen der Schulleitungen. Sie fragen zu Recht, was das neue, sogenannte demokratische Schulmitwirkungsgesetz soll, wenn die Schulleitungen doch machen, was sie wollen!

5 Jahre nach dem Putsch in Chile:

Die Pinochet-Clique ist am Ende!

Das wohl berüchtigtste faschistische Terror-Regime unserer Tage errichtete vor fünf Jahren Pinochet, der Schlächter des chilenischen Volkes. Mit Konzentrationslagern, Mord, grausamer Folterung und — wenn er es für nötig hielt — mit Panzer- und Flugzeugangriffen auf die werktätige Bevölkerung führte er seinen „Krieg gegen das Volk", um die Interessen der chilenischen Großgrundbesitzer und Monopolkapitalisten sowie der nordamerikanischen Imperialisten zu verteidigen. Heute, fünf Jahre nach seinem Amtsantritt, hat Pinochet alles andere als Grund zu feiern.

Der Kampf des chilenischen Volkes hat das faschistische Regime derart in Bedrängnis gebracht, daß sein Ende abzusehen ist. In der ANCHA, der Nachrichtenagentur der chilenischen Antifaschisten, die von der Volksfront Chiles herausgegeben wird, erschien jetzt ein Artikel „Angesichts der Krise der faschistischen Militärdiktatur: VERSTÄRKEN WIR DEN KAMPF GEGEN DIE DIKTATUR", in dem die Lage in Chile analysiert und die Schlußfolgerungen für den weiteren Kampf gezogen werden.



Demonstranten in Santiago rufen zum Boykott der demagogischen „Volksabstimmung" auf. Pinochets Polizei kann es nicht verhindern!

In diesem Artikel wird festgestellt, daß die faschistische Diktatur in eine ernste Krise geraten ist, die durch die Widerstandskämpfe des Volkes hervorgerufen wurde. Durch diese Krise sehen sich die US-Imperialisten und gewisse Vertreter der chilenischen Monopole veranlaßt, nach einem scheindemokratischen Ausweg zu suchen, und die Pinochet-Clique durch ein anderes Regime abzulösen. Als Beispiel dafür werden die „Menschenrechtskampagne" Carters als auch die Forderung der US-Justiz, den ehemaligen General Manuel Contreras Sepulveda, einen engen Vertrauten Pinochets, „wegen Mordes" auszuliefern, angeführt.

Dieser Entwicklung hat Pinochet entgegenzuwirken versucht, indem er einige demagogische Manöver vollführte und General Leigh, einen Vertrauten Washingtons, seiner Ämter enthob. Damit hat sich Pinochet einen Moment lang seine Herrschaft gesichert, aber die Spaltung der Armee in Kauf genommen. Die ANCHA fährt fort:

„Infolge dieser Situation müssen das chilenische Volk und alle antifaschistischen Kräfte diese Umstände ausnutzen, um jetzt ihre Kämpfe für die Vernichtung der Diktatur zu verbreitern, denn das ist der einzige Weg zur wirklichen Befreiung.

In diesem Zusammenhang haben sich die Kämpfe des Widerstands bis zu einem bisher unbekannten Ausmaß entwickelt: wichtige Streiks der Arbeiter und Bergleute, massive Demonstrationen am 1. Mai, Mobilisierung der Familien der Verschwundenen, schließlich verschiedene Straßendemonstrationen mitten in Santiago, an denen Tausende von Studenten teilgenommen haben. Diese Kämpfe demonstrieren, obwohl sie begrenzt sind, den richtigen Weg, den unser Volk einschlägt. Diese Massenkämpfe unterschätzen, ihnen nicht die Bedeutung geben, die ihnen zusteht, bringt uns zu einer falschen Analyse, einer pessimistischen, die dazu führt, daß wir diesen Kämpfen nicht die notwendige Unterstützung geben; wenn wir sie aber überschätzen und nicht sehen, daß sie sich nur dann ausweiten, wenn das Proletariat die Massenbewegung korrekt führt, kommen wir ebenfalls zu einer falschen Analyse, einer voluntaristischen, die verhindert, daß wir sie genügend fördern und uns darum kümmern, daß diese Kämpfe ein höheres Niveau erreichen und daß sie in ihrer Gesamtheit vom Proletariat geführt werden müssen.

Das Wichtige an diesem Höhepunkt des antifaschistischen Kampfes ist, daß dieser Kampf seinen eigenen Weg findet und zeigt, daß sich das chilenische Volk nicht von den Kämpfen der verschiedenen bourgeoisen Banden einlullen läßt, die sich mit Hilfe des nordamerikanischen Imperialismus an der Macht halten wollen. Ebensowenig läßt es sich von den Reformisten blenden, die eine Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie wollen. Selbst wichtige Beschränkungen würden die Reformisten akzeptieren, sie möchten Pinochet gern ändern, ihn bessern und eine zukünftige Regierung anstreben, wo sich — wie sie sagen — alle Chilenen wiedertreffen, Zivile und Militärs. (...)

Heute ist es wichtiger denn je, die Reihen aller Antifaschisten zu verbreitern, um den Kampf für die Zerstörung der Diktatur zu verstärken und den Faschismus zu zerschlagen. Dazu müssen wir die verschiedenen Widersprüche im Lager der Feinde ausnützen, ohne sich an den Schwanz der einen oder anderen Fraktion der Bourgeoisie zu hängen. Wenn wir den Kampf des Volkes verstärken, werden wir den Sieg des Volkes und die Zerstörung des Faschismus erreichen und den Weg bereiten für die Einsetzung einer wirklich demokratischen Regierung der antifaschistischen Einheit."



Chile-Streiflichter

Das faschistische Terror-Regime

Insgesamt 30.000 Menschen wurden durch die Faschisten ermordet. Mehr als 150.000 in die Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen. Die grausamsten und mittelalterlichsten Folter- und „Verhör"methoden werden angewandt, um den Widerstand der chilenischen Werktätigen zu brechen. Scheinerschießungen, Vergewaltigungen und Folterungen in Gegenwart von Familienmitgliedern usw. sind die psychischen Foltermethoden, um „Geständnisse" zu erzwingen. Selbst die elementarsten bürgerlichen Rechte wie Parlament, Wahlen, gewerkschaftliche Organisationen und der größte Teil von Presse, Funk und Fernsehen werden aufgelöst oder verboten; Bücherverbrennungen wie im Dritten Reich.

Vor den Militärgerichten herrscht vollkommene Willkür. Selbst über die schärfsten Gesetze geht man noch hinaus. Über das ganze Land wird ein Ausnahmezustand mit ständigem nächtlichem Ausgehverbot errichtet. Die Faschisten scheuen nicht einmal vor Bombardierungen und Sturmangriffen auf Dörfer, Fabriken, Schulen, landwirtschaftliche Güter und andere Punkte, wo viele Menschen zusammenkommen, zurück.

Ausbeutung, Hunger und Elend

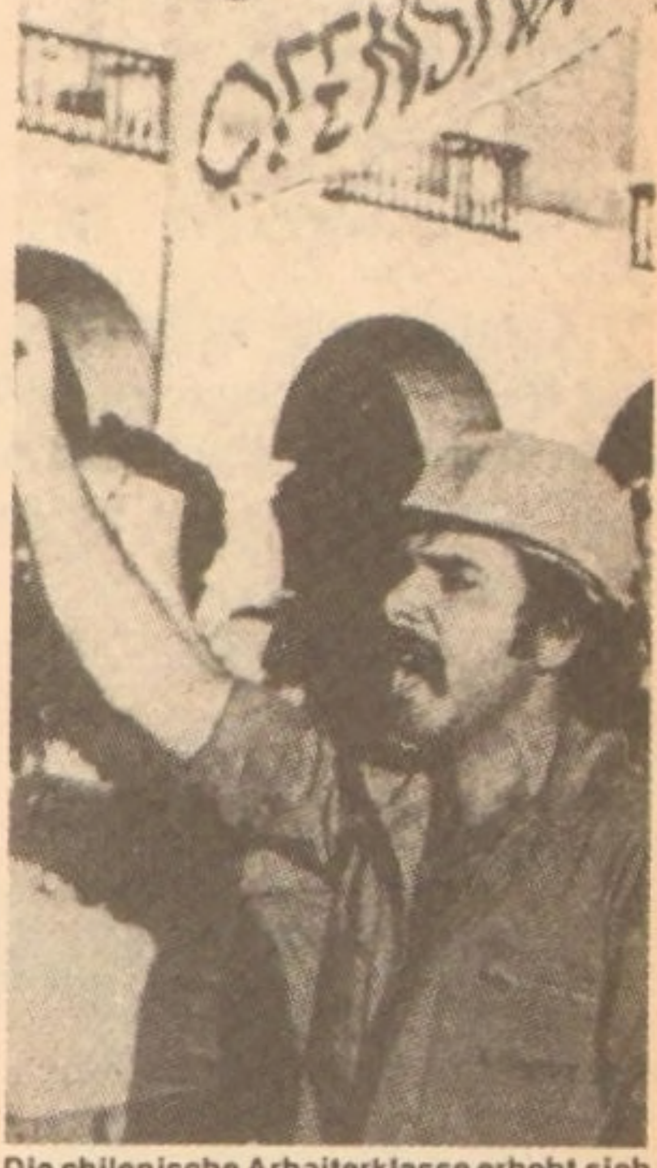
Die faschistische Junta hat nicht nur ein Terror-Regime errichtet, sie hat auch das Land in die größte wirtschaftliche Krise seiner Geschichte geführt. Die Inflationsrate hat heute 70 Prozent (!) erreicht. Durch mehrfache Abwertung des Dollars wurde dem ausländischen Kapital Tür und Tor geöffnet. Dadurch wurde die Konkurrenz im Lande verschärft, die zum Bankrott einer immer größeren Zahl an Betrieben führte. 20 Prozent der Arbeiter Chiles sind heute arbeitslos, in manchen Zweigen, wie dem Bausektor, sind es sogar 40 Prozent! Die meisten sozialen Leistungen an die Werktätigen sind nach der Machtübernahme der Faschisten aufgehoben worden.

Heute kommen an jedem Haus täglich im Durchschnitt 10 bis 15 Kinder oder Erwachsene vorbei, um sich Brot zu erbetteln. Ein Zehntel (!) der Bevölkerung stirbt an Hunger und Elend, d. h. das chilenische Volk wird durch die extreme Verelendung geradezu dezimiert! Die Faschisten betreiben eine Politik, die den Monopolen, den Großgrundbesitzern und den US-Imperialisten das Recht gibt, ohne jede Einschränkung das ganze Land zu plündern. Um ihnen entgegenzukommen, schaffen sie billige Arbeitskräfte, indem sie brutal den Reallohn senken und die sozialen Errungenschaften aus früherer Zeit aufheben. Das alles hat den Zorn und die Empörung des Volkes hervorgerufen.

Das chilenische Volk kämpft!

Das chilenische Volk hat nie den Kampf gegen das faschistische Regime eingestellt. Symbolisch dafür steht die Avantgarde des chilenischen Proletariats, die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles, die es abgelehnt hat, ihre Kader ins Ausland ins Exil zu schicken, sondern in den Untergrund gegangen ist, um den Kampf zum Sturz der Diktatur anzuführen. Der Kampf des Volkes wächst mit jedem Tag:

— Einige Tage nach dem demagogischen „Referendum" (einer „Volksabstimmung", mit der das Ansehen des Regimes aufgebessert werden sollte) der Pinochet-Clique ziehen Tausende chilenische Jugendliche aus Protest durch die Straßen Santiagos.



Die chilenische Arbeiterklasse erhebt sich zunehmend in Kampfaktionen gegen die Diktatur.

— Kämpfe der Arbeiter der Kupferminen „El Teniente" und „El Salvador" erschüttern das Land.

— Hafenarbeiter und Eisenbahner führen Bummelstreiks für höhere Löhne durch, ebenso die Textilarbeiter von „Burguer".

— Die Kämpfe an den Universitäten erzwingen den Rücktritt des Rektors der Uni von Chile.

— Am 1. Mai 1978 kommt es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und einem Riesenaufgebot der Polizei in Santiago, wobei 200 Menschen verhaftet werden.

— Am 21.7. ziehen Hunderte Studenten und Schüler durch Santiago und demonstrieren gegen die faschistische Diktatur. Sie fordern die Freilassung der politischen Gefangenen.

— Am Vorabend des grausamen 5jährigen Jubiläums des Regimes (am 11.9.) erheben sich jetzt an vielen Orten Chiles die Werktätigen mit verschiedenen Kampfmaßnahmen. So demonstrierten nach einer Meldung vom 8.9. 200 Menschen durch Santiago. 12 Menschen wurden dabei von der faschistischen Partei festgenommen.

— In einer aufsehenerregenden Kampfaktion boykottieren 10.000 Kumpel des Bergwerks von Chuquicamata seit drei Wochen die Kantinen des Unternehmens. Sie kämpfen damit für höhere Löhne. Jetzt wurden 15 Personen verhaftet, denen vorgeworfen wird, sie hätten subversive Flugblätter verteilt und würden im Untergrund kämpfen.

Inzwischen breitete sich die Kantinenboykott-Bewegung aus. Auch in den Hüttenwerken von Huachipato weigerten sich letzte Woche 1.300 der 3.800 Arbeiter, ihr Essen in der Kantine einzunehmen.

Diese Kämpfe deuten darauf hin, daß sich das chilenische Volk anschickt, gegen die Terrorherrschaft aufzustehen. Die Tage der Pinochet-Clique sind gezählt!

SPENDEN zur Unterstützung des chilenischen Widerstandes, insbesondere seiner illegalen Presse, können bei der

ANCHA, B. P. 59 Paris 75623, Cedex 13, Frankreich

mit Scheck oder Postanweisung auf den Namen von Bernard Guerrien eingezahlt werden.

Trotz Terror — Kämpfe in Nicaragua gehen weiter

Mit faschistischem Terror versucht Präsident Somoza den Kämpfen im Land Einhalt zu gebieten. Allein in der letzten Woche wurden ca. 700 Regimegegner verhaftet, darunter viele Führer des bereits seit über zwei Wochen dauernden Generalstreiks.

Trotzdem geht dieser Streik aber weiter. Nach wie vor kommt es auch an verschiedenen Stellen des Landes zum Bau von Barrikaden, militanten Aktionen gegen die Repräsentanten des verhaßten Somoza-Regimes und zu mutigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und der Nationalgarde.

Blutbad in Lima

Ein furchtbares Blutbad hat die faschistische Polizei in Lima angerichtet. Um den bereits seit über vielen Wochen andauernden Streik der Minenarbeiter Perus niederzuschlagen, schoß sich die Polizei einen Weg durch 5.000 Minenarbeiter, Frauen und Kinder, die in Lima Barrikaden errichtet hatten. Anschließend wurden die Streikenden zu Eisenbahnzügen getrieben und in die Minenstädte transportiert. Mehrere Minenarbeiter wurden ermordet. Es gab zahlreiche Verletzte.

Am selben Tag demonstrierten Tausende von Staatsangestellten durch Lima und protestierten gegen Gehaltskürzungen, die die Regierung angeordnet hatte. Die Polizei ging mit Tränengas, Wasserkanonen und Gummigeschossen gegen die Streikenden vor.

Streikwelle in Spanien

In den letzten Wochen begann in Spanien ein Streik der Ärzte, die gegen Gehaltskürzungen protestieren. Gleichzeitig streikten in Andalusien die Beschäftigten der städtischen Verkehrsbetriebe für höheren Lohn. In Barcelona streikten die Tankwarte, und in Bilbao besetzten die Feuerwehrleute mit schweren Fahrzeugen die Straße vor der Provinzvertretung, um so die Auszahlung von seit einem Monat ausstehenden Zuschlagszahlungen und mehr Gehalt zu erzwingen. Die Aktion der Feuerwehrleute hatte Erfolg.

Demonstration gegen Barré

An die 2.000 Menschen demonstrierten in Straßburg gegen den französischen Wirtschaftsminister, der zur Eröffnung der Europamesse in die Stadt gekommen war. Gegen den verhaßten Wirtschaftsminister flogen auch Äpfel und Tomaten.

Verheerende Flutkatastrophe in Indien

Zu einer verheerenden Flutkatastrophe, der schlimmsten seit über 100 Jahren, kam es in der letzten Woche in Indien. Weit über 30 Millionen Menschen wurden obdachlos und verloren Hab und Gut. Zahllose Menschen fanden in den Fluten den Tod.

Während es großen Sachschaden auch in den Vierteln der Reichen gab, waren es — nach Berichten der bürgerlichen Presse — fast ausschließlich die Armen, die in den Slums zusammengepferchten Menschen, die bei der Flutkatastrophe den Tod fanden. Sie sind es auch, denen jetzt neue große Gefahren durch Epidemien wie Malaria und andere Seuchen und durch Hunger und Durst drohen.



Für die furchtbaren Folgen dieser Flutkatastrophe trägt das Regime in Neu-Delhi die Verantwortung. Denn die jährlich auftretenden Flutkatastrophen in Indien, eine Folge der Monsun-Regen, ließen sich vermeiden, wenn eine gründliche Flußregulierung vorgenommen und ausreichend Dämme gebaut würden. Das aber ist dem volksfeindlichen Regime zu teuer!

Artikel aus „Zeri i Popullit", Zentralorgan der PAA

Die kriegstreiberische chinesische Politik und Hua Guo-fengs Besuch auf dem Balkan

Anläßlich des Besuches von Hua Guo-feng in Bukarest und Belgrad erschien am 3.9.78 in „Zëri i Popullit", dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, ein grundsätzlicher Artikel, den wir im folgenden leicht gekürzt wiedergeben.

(...) „Die Balkantreffen wurden zu einer Zeit durchgeführt, da China die Flagge der Annäherung und der Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Imperialismus, der internationalen Großbourgeoisie, den faschistischen Cliquen und den reaktionärsten Gruppierungen auf der Welt Stück für Stück entfaltet hat. Sie fanden zu einer Zeit statt, da die chinesische Führung in Europa die NATO und die EWG, die multinationalen Gesellschaften und das Vereinte Europa unterstützt, um so die kapitalistische Unterdrückung und die amerikanische Hegemonie aufrechtzuerhalten.

Daß sich die chinesischen Führer politisch und ideologisch an dieses Regime annähern, zeigt auch Hua Guofengs Besuch im Iran. Zur gleichen Zeit, wo er sich mit dem persischen Schah trifft und sich herzlich mit ihm unterhält, haben sich die Revolutionäre und das werktätige Volk gegen diesen erhoben, und auf den Straßen der Städte des Landes finden blutige Auseinandersetzungen statt. Wenn Hua Guo-feng in dieser Situation nach Teheran geht, dann deshalb, weil er seine Unterstützung für das mittelalterliche Schah-Regime bezeugen will. Dieser Besuch ist eine schwere Beleidigung für das iranische Volk und auch für die gesamte demokratische und fortschrittliche Öffentlichkeit, die in aller Schärfe die brutalen Akte des Schah-Regimes gegen die revoltierende Bevölkerung verurteilt hat und weiter verurteilt.

Die chinesische Führung schickte eine Delegation auf höchster Ebene nach Bukarest und Belgrad, nachdem sie wortbrüchig, brutal und arrogant einseitig die Hilfen und Kredite an das sozialistische Albanien eingestellt hat, weil Albanien die antimarxistische, konterrevolutionäre und proimperialistische Linie, die China eingeschlagen hat, nicht akzeptierte und sich ihr widersetzte. Deshalb ist dieser Besuch auf dem Balkan eine Provokation gegen Albanien und seine Freundschaft mit den Völkern Jugoslawiens und Rumäniens.

Hua Guo-feng kam zu einer Zeit auf den Balkan, als die chinesische Führung, ausgehend von ihren expansionistischen und hegemonistischen Absichten, den blutigen kambodschanisch-vietnamesischen Konflikt zwischen zwei Nachbar- und Brudervölkern angestachelt hat.

Deshalb läßt es sich auch aller chinesischen Propaganda für den Besuch Hua Guo-fengs auf dem Balkan zum Trotz nicht vermeiden, daß die Völker sehen, daß es nicht zwei unterschiedliche chinesische Politiken gibt: eine imperialistische gegenüber Vietnam und eine sozialistische gegenüber Rumänien, eine feindselige und chauvinistische gegenüber Albanien und eine freundschaftliche und aufrichtige gegenüber Jugoslawien, eine Politik der Einmischung in Asien und Afrika und eine andere, friedliebende in Europa. **Die heutige chinesische Regierung hat nur eine einzige Politik, die eindeutig festgelegt ist und konsequent in die Praxis umgesetzt wird. Das ist die typisch imperialistische Politik einer Supermacht, eine kriegstreiberische und hegemonistische Politik.**

Das vorrangige Ziel der chinesischen Politik und der allgemein chinesischen Strategie ist es, die politische Einheit mit dem amerikanischen Imperialismus und den anderen mit ihm verbündeten Imperialisten herzustellen. Das Ziel dabei ist die Beherrschung der Welt durch die Vereinigten Staaten von Amerika, durch China und die anderen großen kapitalistischen Länder. Mit dem Kurs, den China verfolgt, versucht es sich mit allen Mitteln Einflußzonen zu verschaffen, die bisher nicht bestanden haben. Das ist auch der Grund dafür, weshalb es sich vorzugsweise den kapitalistischen Ländern geöffnet hat und sich in Einheit mit den amerikanischen Imperialisten und den anderen Imperialisten befindet.

Aber dieses Streben nach Einflußsphären, besonders in den sich entwickelnden Ländern wie in Afrika oder auf irgendeinem anderen Kontinent, kann nicht verwirklicht werden, ohne daß China mit den anderen Imperialisten, die dort ihre eigenen Interessen haben, aneinandergerät, ohne daß sich die Widersprüche mit ihnen verschärfen. Das weiß die chinesische Führung sehr gut. Deshalb strebt sie gegenwärtig danach, den expansionistischen Zielen des sowjetischen Imperialismus gemeinsam mit Amerika einen Riegel vorzuschieben und die Konsolidierung seiner Position zu behindern. Sie glaubt, sie könne mit Hilfe der USA die imperialistische Expansion der Sowjetunion aufhalten, so daß China deren Platz einnehmen kann. **Hier** hat die antisowjetische Politik der chinesischen Revisionisten ihre Wurzel, nicht aber in der ‚Sorge' und dem ‚Wunsch', die anderen Länder vor der Expansion und der Hegemonie der sowjetischen Sozialimperialisten schützen zu wollen oder im ‚Kampf' für die Reinheit des Marxismus-Leninismus.

Diesem Ziel dient auch der Vertrag, den China kürzlich mit Japan abgeschlossen hat. Es versucht, diesen Vertrag in eine Barriere gegen die Sowjets im Osten Asiens zu verwandeln und gleichzeitig in ein Mittel für einen eventuellen Marsch Chinas auf die Sowjetunion. Hinter diesem Vertrag stehen die US-Imperialisten. Dieser Vertrag, dem die chinesische Führung und ihre Partner eine antisozialimperialistische Färbung verleihen, schürt in Wirklichkeit den Weltkrieg.

Mittlerweile tritt die expansionistische Politik Chinas in Afrika, wo es äußerst fieberhafte Aktivitäten entfaltet, klar zutage. China handelt hier mit dem Ziel, den amerikanischen Imperialismus und die anderen imperialistischen Mächte bei der Verteidigung ihrer neokolonialistischen Positionen zu unterstützen. Unter dem Deckmantel der Verteidigung der Völker Afrikas strebt es danach, Einflußzonen und Märkte für China zu schaffen. Das geschieht Schritt für Schritt und parallel zum wirtschaftlichen Erstarken Chinas durch die Hilfe, die es von Amerika und den anderen kapitalistischen Staaten erhält und weiter erhalten wird. China seinerseits hat damit begonnen, einigen Staaten Afrikas ‚zu helfen'. Doch diese ‚Hilfen' haben ebenso wie diejenigen der alten Imperialisten nicht den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fortschritt dieser Länder zum Ziel, sondern die Ausplünderung ihrer Reichtümer und ihre politische Unterwerfung unter die chinesische Hegemonie.

Aber diese Ziele lassen sich natürlich nicht so leicht verwirklichen, wie es die Chinesen möchten. Das geht nur auf dem Weg von schwerwiegenden politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen, möglicherweise auch bewaffneten Auseinandersetzungen mit den anderen Imperialisten, die in Afrika bereits Positionen besitzen, mit der Sowjetunion, die auch nicht mit verschränkten Armen dagestanden ist, um sich Einflußzonen auf diesem Kontinent zu verschaffen. China wird besonders auf den Widerstand und auf große Auseinandersetzungen mit den Völkern und den fortschrittlichen Führungen der afrikanischen Länder stoßen.

Chinas Machtpolitik in Europa ist eine große Gefahr für die Völker

Das andere Ziel der Außenpolitik Chinas ist es, auf den Balkan einzudringen. Albanien führt ideologisch seit langem einen Kampf gegen die revisionistischen Thesen und die politische Linie der chinesischen Führung. Das bezeugen die Anstrengungen, die chinesische Führung auf den richtigen Weg des Marxismus-Leninismus zu bringen, sehr gut. Als die chinesische Führung sah, daß sie bei Albanien mit ihren chauvinistischen Wünschen und Diktaten keinen Erfolg hatte, als die Karten ihrer feindlichen Tätigkeit innerhalb unseres Landes nicht stachen, brach sie die Wirtschaftsbeziehungen zu uns ab. China hatte und hat das Ziel, den Balkan zum Aufmarschgebiet oder zu einem politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Kampfschauplatz in Europa zu machen, damit es von dort aus auf die revisionistischen Länder wie Bulgarien, die Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und auch auf die unabhängigen und souveränen Staaten Griechenland und die Türkei einwirken kann. So sollte auf diese Weise chinesischer Einfluß in Europa hergestellt und dem Einfluß der Sowjetunion entgegengewirkt werden.

Doch Chinas Öffnung nach Europa beschränkt sich nicht auf den Balkan. China hat sich selbst zum flammenden Verteidiger der EWG und des Vereinten Europa erklärt, das heißt zum Verteidiger des versklavenden europäischen Kapitals. Schon vor geraumer Zeit hat es Beziehungen zur EWG aufgenommen. Obwohl nicht Mitglied, hat es sogar einen eigenen Vertreter dort. Die umfassenden Beziehungen Chinas zu den kapitalistischen Ländern Europas haben ein großes Ausmaß angenommen. Das gilt vor allem für die Mitgliedsländer der EWG und dabei wieder ganz besonders für die Deutsche Bundesrepublik. Insofern ist Europa nicht nur Objekt der sowjetischen, sondern auch der chinesischen Expansionspolitik.

Chinas Öffnung nach Europa und die Schaffung eines politischen und ideologischen Kampfschauplatzes auf dem Balkan, der Chinas Interessen nützt, sind Teil der kriegstreiberischen chinesischen Strategie. Schon seit Jahren schreien die chinesischen Prediger, so laut sie können, daß der Krieg in Europa unvermeidlich sei, weil der Sozialimperialismus gerade hier und nirgendwo anders einen Krieg vom Zaun brechen werde. Deshalb rufen sie die NATO auf, ihren Militärhaushalt so weit wie möglich zu erhöhen, und die USA, so viel Soldaten und Neutronenbomben wie möglich nach Europa zu entsenden, es vom Nordpol bis zum Mittelmeer mit Atomminen zu übersäen. Deshalb rufen sie die Westeuropäer auf, Soldaten und Flotten ins Rote Meer, in den Indischen Ozean und um Afrika herum zu entsenden, um so die Erdöl- und Rohstoffstraßen zu schützen, damit sie in einem bevorstehenden Krieg nicht in Schwierigkeiten geraten.

Aggressor, der sie ist, kann die Sowjetunion den Krieg in Europa beginnen, aber auch im Nahen Osten, auch gegen den Feind Nr. 1, wie sie China nennt. Aber das kann nicht sein, sagen die chinesischen Führer, denn China braucht bis zum Jahr 2000, um an seiner ‚Modernisierung' zu arbeiten. Sollen doch bis dahin die Supermächte in Europa aufeinanderstoßen, sollen doch die europäischen Völker von der Atombombe verbrannt und umgebracht werden, soll die Menschheit durch die Strahlen der Neutronenbombe ausgelöscht werden. Nach dieser Apokalypse wird China seine ‚Modernisierung' beendet haben, wird es, in den 20 Jahren bis zum Ende des Jahrhunderts, eine Supermacht geworden sein, so daß es seine Herrschaft über die Welt errichten kann, ohne eine Patrone zu verschießen.

Wenn die chinesische Führung offen verkündet, daß die Sowjetunion in nächster Zeit den Krieg zwischen dem amerikanischen Imperialismus und Europa einerseits und der Sowjetunion andererseits ausrufen wird, so zeigt dies die chinesische Strategie, die erreichen will, daß die Sowjetunion zum Schlag gegen Europa ausholt und auf einen Krieg gegen China im Fernen Osten verzichtet. Vor diesem Hintergrund ist es offensichtlich, daß der Besuch Hua Guo-fengs auf dem Balkan darauf abzielt, die gegenwärtige Lage in diesem Raum zu verschlechtern, unter den Balkanvölkern Feindseligkeiten zu stiften und zu einem dritten Weltkrieg zu hetzen. Die chinesische Führung betrachtet den Balkan als Pulverfaß, wie es die europäischen und amerikanischen Imperialisten immer getan haben, und meint, daß hier leicht ein Erbprinz umgebracht werden könnte und der Krieg in Europa ausbrechen wird. Die Welt darf Sarajewo nicht vergessen.

Doch die chinesische Führung verrechnet sich. Nicht weil die revisionistische Sowjetunion kein aggressiver Imperialismus ist, der das Ziel hat, die Länder zu besetzen, die Völker zu unterdrücken und auszubeuten, sondern weil die imperialistische Sowjetunion sicherlich zuerst in dem Teil der Welt zum Schlag ausholen wird, wo ihre Interessen am größten sind und wo das schwächste Kettenglied der Länder ist, die sie angreifen wollen. So geht die Sowjetunion heute bei ihren verschiedenen Interventionen in Afrika vor. In der jetzigen Situation ist es wahrscheinlicher, daß sich ein Krieg gegen China als gegen Europa richtet. Ein Krieg der Sowjetunion gegen die NATO wäre ein großer Weltkrieg, ein Atomkrieg. Außerdem wollen die USA, daß die beiden imperialistischen Mächte, die Sowjetunion und China, aneinandergeraten und sich gegenseitig zerstören und arbeiten darauf hin. Sowohl der amerikanische Imperialismus als auch der sowjetische Sozialimperialismus wissen sehr wohl, wo ihre Interessen liegen und was für sie von Vorteil ist.

Daher kann die Rechnung des chinesischen Imperialismus, Europa in Brand zu setzen, nicht aufgehen, können seine Versuche, einen Krieg zwischen der Sowjetunion und den USA und ihren Verbündeten für seine hegemonistischen Interessen anzuheizen, nicht erfolgreich sein.

Doch es gibt noch einen anderen, sehr bedeutsamen Grund, warum die kriegstreiberischen Pläne der chinesischen Führer nicht verwirklicht werden können: weil sie nämlich auf den Widerstand der antiimperialistischen und friedliebenden Kräfte, der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit, der Revolutionäre und Patrioten überall auf der Welt stoßen. Die Völker des Balkan und Europas haben durch die beiden Weltkriege in ihren Ländern genug gelitten. Sie haben genügend gelernt, um nicht zur Beute der kriegstreiberischen Absichten der chinesischen Führer zu werden. Sie verstehen es, sich zu verteidigen und über die Aggression zu siegen.

Die Völker des Balkan und Europas haben aus ihrer Geschichte gelernt, daß die Versöhnung mit einer Politik, die zum imperialistischen Krieg aufhetzt — unter welchem Vorwand das auch immer geschehen mag — katastrophale Folgen für die Freiheit und für die nationale Unabhängigkeit sowie für die Sicherheit und den Frieden überhaupt hatte. Sie können die Fackel, die Hua Guo-feng aus Peking mitbringt, um auf dem Balkan und in Europa das Feuer des Krieges zu schüren, niemals für einen Ölzweig halten.

Sie wissen, daß man den Krieg in Europa und auf der ganzen Welt nicht vermeiden kann, wenn man auf die unheilbringenden chinesischen Predigten hört, die zum imperialistischen Krieg aufhetzen, den Lenin ein Verbrechen genannt hat. Das kann nur im Widerstand gegen die aggressive Politik und die Kriegsvorbereitungspläne des amerikanischen Imperialismus, des sowjetischen Sozialimperialismus und aller anderen imperialistischen Mächte, eingeschlossen Hua Guofengs China, geschehen.

Wer deshalb heute beim chinesischen Spiel mitmischt, stellt sich nicht nur gegen die hohen Interessen seines eigenen Volkes, sondern schafft auch für die anderen Völker neue Gefahren, vereinigte sich mit denen, die zum Krieg hetzen.

In den Pressemeldungen aus Belgrad und Peking überschütten beide Seiten einander mit Komplimenten und erwähnen in stereotypen Allgemeinplätzen verschiedene Pobleme, die die beiden Präsidenten in ihren langen Gesprächen diskutiert haben. Wir wissen nicht, was konkret über

Albanien gesprochen wurde. Aber wir sind davon überzeugt, daß auch gegen Albanien gesprochen wurde. Das albanische Volk fürchtet sich jedoch deshalb nicht. Es hat deutlich gemacht und wird das auch weiter tun, daß es auf alles vorbereitet ist und keinen Augenblick in seiner Wachsamkeit nachläßt. Es wird die albanienfeindlichen Pläne, von wem auch immer, durchkreuzen. Dabei, davon ist es überzeugt, wird es die Unterstützung des jugoslawischen Volkes, des chinesischen Volkes und sicher auch der anderen Völker auf dem Balkan haben.

Freundschaft zwischen Verrätern am Marxismus-Leninismus

Wie die offiziellen Verträge zeigen, die in Jugoslawien abgeschlossen wurden, sollte der Besuch Hua Guofengs dort auch öffentlich die vollständige und endgültige Versöhnung zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens verkünden. Hua Guo-feng und seine Gruppe, die heute in China die Führung haben, nahmen früher eine angeblich betont kritische Haltung gegenüber Jugoslawien und seiner Innen- und Außenpolitik ein. Gegenwärtig sind es aber gerade diese chinesichen Führer, die die jugoslawisch-revisionistische Strömung und deren Anführer aufs höchste loben. Hua Guo-feng ging als verlorener Sohn nach Belgrad, um den Vater um Verzeihung zu bitten. Er konnte es kaum erwarten, die ‚Fehler' wiedergutzumachen, die die chinesische Führung in der Vergangenheit gegenüber dieser antimarxistischen Linie beging, und bezeichnete sie als ‚wahrhaft marxistisch-leninistisch', genauso wie sich ja auch die neue Führung der KP Chinas selbst marxistisch-leninistisch nennt, obwohl sie in Wirklichkeit eine revisionistische Führung ist. Das gleiche geschah, als Chruschtschow 1955 nach Belgrad ging, dort vor Tito auf die Knie fiel und die ‚Schuld' an der Kritik am jugoslawischen Revisionismus auf Stalins ‚Fehler' schob. Auch die chinesischen Führer reden jetzt davon, daß ihnen ihre ‚falsche' Haltung gegenüber Jugoslawien von Stalin und den Beratungen der Kommunistischen Parteien aufgezwungen worden sei. Offenbar schämen sich die chinesischen Führer nicht, Chruschtschows Thesen nachzuplappern und sich seiner niederträchtigsten Methoden zu bedienen, wenn es darum geht, Stalin und den Marxismus-Leninismus zu verleumden.

Mit der Selbstkritik für ihre ‚Fehler' bekundeten die chinesischen Führer ihre Bereitschaft, Jugoslawien mit seiner kapitalistischen ‚Selbstverwaltung' wirtschaftlich, politisch, ideologisch und auf andere Weise zu helfen.

Hua Guo-feng bemühte sich, seinen Besuch in Jugoslawien als Beweis für die bestehende vollständige ideologische Einheit zwischen beiden Ländern und Parteien hinzustellen, eine Einheit, die angeblich auf dem ‚Marxismus-Leninismus', auf der ‚gleichen Erfahrung', auf dem ‚gemeinsamen Kampf' usw. beruht. In Wirklichkeit strebt er nach Einheit und Zusammenarbeit mit Verrätern am Marxismus-Leninismus, um gegen den Sozialismus und die Revolution zu kämpfen. Dadurch, daß Hua Guo-feng ausgerechnet in Belgrad, dem alten Zentrum des modernen Revisionismus, seine ‚Ergebenheit' gegenüber dem Marxismus-Leninismus bekundete, machte er sehr deutlich, in welchem opportunistischen und demagogischen Sumpf sich die chinesische Führung bewegt.

Hua Guo-feng versäumte es nicht, die Politik der ‚nationalen Gleichberechtigung', die der Bund der Kommunisten Jugoslawiens betreibt, als ‚Beweis für die Anwendung der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus auf die besonderen Bedingungen Jugoslawiens' anzuführen. Diese Unterstützung für ihre Politik der angeblich richtigen Regelung der Probleme der nationalen Minderheiten erhielten die jugoslawischen Revisionisten, weil sie sie dringend brauchen. Die chinesische Logik ist erstaunlich. Mao Tsetung hielt die Ordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg für falsch und schlug vor, sie zu berichtigen. Hua Guo-feng dagegen hält die ungerechten Beschlüsse der Botschafterkonferenz der Großmächte für den Balkan von 1913 für gerecht. Doch muß gesagt werden, daß Hua Guo-feng nicht in der Lage ist, darüber zu urteilen, ob die Frage der nationalen Minderheiten in Jugoslawien richtig gelöst ist oder nicht. Darüber können die nationalen Minderheiten, die heute in Jugoslawien leben, besser urteilen.

Die Pekinger Presse mit ‚Renmin Ribao' an der Spitze hat das ganze Arsenal chinesischer Komplimente aufgeboten, um Hua Guo-fengs Besuch in Jugoslawien zu beschreiben. Das Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas schreibt, ‚Hua Guo-fengs Besuch in Jugoslawien stimme mit den Bestrebungen der Völker der ganzen Welt überein.' Das mag der Wunsch der chinesischen Führung sein. Die Meinung der ‚ganzen Welt' ist es jedenfalls nicht. ‚Die Zusammenarbeit der beiden Parteien hat tiefe Wurzeln', und ‚Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens ist eine ruhmreiche Partei' — so heißt es in der chinesischen Zeitung. Wo diese tiefen Wurzeln entspringen, weiß niemand. Aber die chinesischen Propagandisten schämen sich nicht, hohle Phrasen zu dreschen. Sie schämen sich noch nicht einmal zu behaupten, der Bund der Kommunisten Jugoslawiens wende den Marxismus-Leninismus an und baue in Jugoslawien den Sozialismus auf. Kein Revolutionär und kein fortschrittlicher Mensch auf der Welt akzeptiert den jugoslawischen Revisionismus. Hua Guo-feng aber preist ihn als eine Variante beim Aufbau des Sozialismus und macht für ihn Reklame. Dieser ‚Sozialismus' hat nicht nur mit der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus nicht das geringste gemein. Nein, er wird auch in der täglichen Praxis über Bord geworfen. Das beweist, daß dort der Sozialismus nicht aufgebaut wird. Die chinesischen Versuche, den jugoslawischen Revisionismus in sozialistischen und marxistisch-leninistischen Farben zu malen, müssen genauso erfolglos bleiben wie es die Versuche aller anderen Opportunisten mit ihrer entsprechenden Reklame waren. Die Politik des Gleichgewichts, die die jugoslawische Führung betreibt, hat den Völkern Jugoslawiens nichts Gutes gebracht und wird ihnen auch nichts Gutes bringen. Präsident Tito mit seiner großen Diplomatie, der aus Jugoslawien ein abhängiges, statt unabhängiges Land machte, hängt nun Jugoslawien auch an den Haken Chinas, also einer weiteren imperialistischen Macht. Denn dazu ist China heute geworden. Die neue Freundschaft mit China, diese so ‚tief verwurzelte' Freundschaft, wie ‚Renmin Ribao' tönt, erhöht die Gefahr für die Völker Jugoslawiens und der anderen Balkanvölker noch mehr.

Die Busenfreunde der jugoslawischen Revisionisten sehen die Gefahren, die deren Seiltänzerpolitik in sich birgt, sehr wohl. Aber sie spornen sie dabei an und lassen sie zu. Unter den gegenwärtigen Bedingungen scheint es ihnen, als ob sie so den sowjetischen Sozialimperialismus schwächen. Und sie glauben sich allmächtig genug, um dann, wenn die Zeit kommt und die Widersprüche sich zuspitzen, der Katastrophe vorzubeugen. Sie halten es für selbstverständlich, daß die sowjetische Kriegsflotte in den jugoslawischen Häfen vor Anker geht, daß man mit der chinesischen Formel des ‚Kampfes gegen den Hegemonismus' liebäugelt, wobei man weiß, an wen diese Formel gerichtet ist. Aber die Völker der Welt, Europas und vor allem die Balkanvölker aus Griechenland, der Türkei und Albanien, akzeptieren das nicht.

Bei der ideologischen und politischen Vereinigung mit Jugoslawien und Rumänien geht es der chinesischen Führung darum, die politischen und wirtschaftlichen Positionen zu konsolidieren und auszubauen, die sie in diesen beiden Ländern errungen hat. Dabei wird der chinesische Markt, der sich Jugoslawien und Rumänien öffnet, eine große Rolle spielen. Denn Jugoslawien und Rumänien haben es unter den schwierigen Verhältnissen der gegenwärtigen Krise und der starken Konkurrenz mit den qualitativ besseren Waren aus den kapitalistischen Ländern schwer, in anderen Ländern der Welt Absatzmärkte zu finden.

Sowohl in Rumänien als auch in Jugoslawien schloß die chinesische Delegation eine große Zahl von Abkommen über wirtschaftliche, kommerzielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ab, machte verschiedene Angebote usw. Auf dem Papier scheinen die chinesischen Versprechen sehr großzügig. Die Praxis wird zeigen, wie weit sie auch verwirklicht werden. Eines aber ist schon jetzt offensichtlich. Die Entwicklung dieser ‚breiten Zusammenarbeit', von der die chinesische Propaganda spricht, wird stark davon abhängen, wieweit China diesen beiden Ländern seinen Einfluß aufzwingen kann und vor allem davon, wieweit diese Länder bereit sind, so zu handeln, wie China es will. Gleichzeitig passen die allseitigen Beziehungen Rumäniens und Jugoslawiens, sowohl zu den USA als auch zur Sowjetunion, nicht in das Konzept Chinas in diesem Bereich.



Hua Guo-feng und Tito, Verräter am Marxismus-Leninismus

In seinen Reden bediente sich Hua Guo-feng einiger Begriffe wie ‚gleichberechtigte, freundschaftliche Beziehungen', ‚uneigennützige, gegenseitige Hilfe', ‚Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten', ‚kein Streben nach ‚Privilegien', ‚Auflehnung gegen das Diktat' usw. Solche heuchlerischen und demagogischen Sprüche folgen den chauvinistischen, willkürlichen und heimtückischen Akten der Chinesen gegen unser Land! Wer ihnen Glauben schenkt, wird schnell eine Enttäuschung erleben.

Während seiner Besuche in Rumänien und in Jugoslawien sprach Hua Guo-feng nicht über die ‚dritte Welt' und über die chinesische ‚Drei-Welten-Theorie', was er beim Besuch Titos in Peking getan hatte. Er äußerte sich nur breit und mit großer Redegewandtheit über die ‚blockfreie Welt'. Wie es scheint, hat in diesen Fragen der chinesische Pragmatismus Vorrang vor der ideologischen ‚Prinzipienfestigkeit'. Aber die Lobhudeleien über Jugoslawien als eines der Gründerländer der ‚Blockfreien'-Bewegung können kaum vertuschen, daß das chinesische Streben in Wirklichkeit darauf abzielt, die Führung in dieser Bewegung zu erben und zu übernehmen.

Die Idee der ‚Blockfreiheit' dient der Konterrevolution und der Aufrechterhaltung des Neokolonialismus. Sie versucht, die Völker zu täuschen, indem sie dem Neokolonialismus einige wertlose Reformen abbittet. Wichtig sind diese Reformen nur für die, die sie verschenken. Denn durch sie wollen sie die Völker völlig unter die neokolonialistische Hegemonie bringen und ihr gefügig machen.

Hua Guo-feng, der sich als Vorkämpfer der ‚dritten Welt' ausgibt, will mit seinem Lob für die ‚Blockfreiheit' zeigen, daß seine ‚dritte Welt' und die ‚blockfreie Welt' ein- und dasselbe sind, daß sich deshalb auch die Strategie dieser Welt der chinesischen Politik anpassen muß, daß es deshalb China, Peking, zukommt, ihr Zentrum zu sein. Wenn er die sowjetischen Sozialimperialisten kritisiert, weil ‚sie sich bemühen, die Bewegung der Blockfreien ihren Expansionszielen unterzuordnen', so demonstriert er damit in Wirklichkeit, daß er mit ihnen in den Wettbewerb getreten ist — für die gleichen Ziele und mit den gleichen Absichten.

„Wir sagen offen und aufrichtig die Wahrheit"

Doch die Völker brauchen weder die Theorie der ‚Blockfreien', noch die der ‚drei Welten'. Diese Theorien, für die die Bourgeoisie und die Reaktion mit soviel Eifer und Liebe Reklame machen, stehen im Widerspruch zur Revolution und den Befreiungskämpfen und nicht im Einklang damit. Diese Theorien unterstützen nicht den revolutionären Kampf der werktätigen Massen und der Völker, die sich von der Ausbeutung und Unterdrückung befreien, das Joch der nationalen Unterdrückung abschütteln, die nationale Freiheit und Souveränität erringen wollen. Sie helfen vielmehr dem Imperialismus, die bestehenden Verhältnisse beizubehalten, das verhaßte kapitalistische und kolonialistische System zu festigen und zu verewigen.

Wir sagen offen und aufrichtig die Wahrheit, so wie wir denken und urteilen. Das wird niemals die Freundschaft unseres Volkes mit den Völkern Jugoslawiens und dem chinesischen Volk oder mit irgendeinem anderen Volk zerstören. Die Partei der Arbeit und die Sozialistische Volksrepublik Albanien hatten und haben keine Angst, ihre Meinung offen und nicht versteckt hinter Formeln zu sagen. Die befreundeten Völker kennen diese Meinung und wissen sie zu würdigen.

Doch wenn wir unsere korrekte und prinzipienfeste Politik verteidigen, dann werden Stimmen laut, die ihren Ursprung in Peking und Belgrad haben. Sie behaupten, durch diese Auffassungen Albaniens werde angeblich der sowjetische Sozialimperialismus unterstützt. Diesen Unterstellungen glaubt kein Mensch. Das sozialistische Albanien hat durch seine Politik und seine Haltung bewiesen und wird es auch künftig jederzeit beweisen, daß es ein unversöhnlicher Feind des sowjetischen Sozialimperialismus, des amerikanischen Imperialismus und jedes anderen Imperialismus ist. Das albanische Volk weiß sehr wohl, von welcher Seite ihm Gefahren drohen, es wird für die Verteidigung seiner Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität kämpfen und seinen Beitrag auch zur Verteidigung der wohlmeinenden und friedliebenden Nachbarn leisten, die unsere unerschütterliche Haltung sehr gut verstehen und begreifen, welche Gefahren von den imperialistischen Mächten ausgehen.

Die Stimmen, die aus Peking und von seinen Freunden zu hören sind, wonach sich das sozialistische Albanien angeblich zur Seite der Sowjetunion neigen werde, dienen dazu, Zweifel an der Politik des albanischen proletarischen Staates zu wecken. Die ganze Welt muß wissen und kann sicher sein, daß Albanien keiner imperialistischen Macht die Hand reicht. Die Grenzen Albaniens auf dem Land, auf dem Meer und in der Luft sind unantastbar.

Entsprechend seiner Verfassung nimmt das sozialistische Albanien von keiner fremden Macht Kredite an und wird auch nie Kredite annehmen. Aber in der kapitalistischen und revisionistischen Welt besteht die Ansicht, und zwar aufgrund der konkreten Praxis in dieser Welt, daß kein Staat, ob klein oder groß, ohne ausländische Kredite leben kann. Das sozialistische Albanien wird durch sein Beispiel diese Meinung zerstören. Unser Land wird wie bisher auch weiterhin mit anderen Staaten auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils normalen Handelsaustausch betreiben. Das hat mit den Prinzipien, die in unserer Verfassung verankert sind, nichts zu tun. Es sind die Imperialisten, die in übler Absicht den Handel, dem ein gegenseitiges Interesse zugrunde liegt, mit der Erteilung von Krediten und Hilfen ‚verwechseln', obwohl beides ganz verschiedene Dinge sind. Daraus ziehen sie den Schluß, daß Albanien isoliert sei und nicht auf eigenen Füßen stehen könne. Das Gegenteil ist der Fall, und daran wird sich nichts ändern. Gestützt auf die eigenen Kräfte und mit unerschütterlichem Vertrauen in die Zukunft, der machtvollen Unterstützung und Solidarität der fortschrittlich gesinnten Weltöffentlichkeit gewiß, wird das, von seiner Partei der Arbeit geführte, albanische Volk mutig alle Hindernisse überwinden und die Sache des Sozialismus in Albanien voranführen.

Die Partei der Arbeit Albaniens und die Sozialistische Volksrepublik Albanien warnen schon seit langem vor den Intrigen der Supermächte auf dem Balkan und vor ihren Versuchen, dort Streitigkeiten und Konflikte anzuzetteln. Auf dem 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens im November 1971 erklärte Genosse Enver Hoxha: **‚Ein Pulverfaß war der Balkan nicht aus eigener Schuld. Zu einem Pulverfaß wurde er in der Vergangenheit durch die Fremden gemacht, durch die Imperialisten, die alle Zünder in ihren Händen hielten. Gleiches wollen sie auch heute. Die Pflicht der Balkanvölker ist es, mit dem Schwert alle Zündschnüre durchzuhauen, damit wirklich Frieden und Sicherheit auf dem Balkan hergestellt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Völker Freunde brauchen. Aber niemals dürfen sie Werkzeuge der Fremden zum Schaden der Interessen jedes einzelnen Volkes und aller unserer Völker gemeinsam werden.'** Diese Worte des Genossen Enver Hoxha drücken die entschlossene und konsequente Haltung der Partei, der Regierung und des Volkes Albaniens aus, die vom Wunsch und der Entschlossenheit bestimmt sind, stets in Frieden und Freundschaft mit den Völkern des Balkan und der ganzen Welt zu leben."

Zwischenüberschriften von der Redaktion

Glosse
Der Hammer

Da laufen sie: linke Demonstranten — emotional-erotisch erregt. Hie und da ein kleiner Lustschrei, von den Mitdemonstranten beifällig neidvoll kommentiert. Was sie im bürgerlich weichen Bett nicht schaffen — der Protest gegen Kernkraftwerke und Arbeitslosigkeit strafft ihre Glieder, und die Erfüllung sexueller Wunschträume wird wahr.


Spiegel 36/78

Gestörter Sex bei Radikalen

Eine Verbindung zwischen sexueller Erlebnisfähigkeit und politischer Aktivität wurde jetzt durch eine Studie des Heidelberger Sozialwissenschaftlers Ronal[d] Grossarth-Maticek aufge[deckt]. Je 84 linksradika[le] und rechtsradikale Stude[n]ten, dazu zwei Kontro[ll]gruppen „demokratische[r]" und „apolitischer" Hoch[-]schüler wurden über ihre



Linksradikale bei Demonstration (in Bonn)

Das deckte kürzlich die Zeitschrift „Sexualmedizin" auf, und der „Spiegel" druckte es nach. „Linksradikale bekunden größte Schwierigkeiten, einen Orgasmus zu erleben", heißt es da in der Studie eines Heidelberger Sozialwissenschaftlers, 90 Prozent von ihnen hätten „meistens Unlustgefühle während aller Sexualpraktiken". Doch die Studie widerlegt sich selbst, wenn es heißt: „Linksradikale berichten häufig über Erektionen und Ejakulationen bei Demonstrationen." Na also, häufig sogar! Und wer will sich schon darauf festlegen, was „Sexualpraktiken" sind und was nicht! Hat uns doch schon der Herr Pfarrer in seligen Jugendzeiten auf seltsame Gefühlsempfindungen beim Fahrradfahren aufmerksam gemacht und beruhigend hinzugefügt, das sei nicht besorgniserregend. Ja, der Herr Pfarrer, der wußte mehr vom Leben als manch ein Sozialwissenschaftler sich träumen läßt. Jedenfalls, ob fahrradfahren oder demonstrieren — von Unlustgefühlen kann gar keine Rede sein.

Der regelmäßige Leser jedoch weiß — der „Rote Morgen" geht den Dingen auf den Grund. Wir befragten daher einige Genossen über ihre einschlägigen Erfahrungen. Hier das Ergebnis:

Genosse P.: „Als wir den Zaun in Brokdorf knackten, da fiel mir — ich weiß nicht warum — plötzlich mein erstes Erlebnis ein. Was damals nicht klappen wollte, jetzt fand es seine späte Erfüllung."

Genossin C.: „Ich kann mir nicht helfen, aber immer, wenn ich den Hammer in unserem Parteiemblem sehe, durchrieselt mich ein Gefühl ... ich weiß nicht, wie ich mich ausdrükken soll ... ein Gefühl ... Ich habe wohl eine emotional-erotische Beziehung zur Politik."

Genosse A.: „Die Polizei versuchte unseren Demonstrationsblock zu zerschlagen. Wir bildeten Ketten. Meine Freundin war neben mir, ich spürte ihn heftiges Atmen — ganz nah! Die Bullen vor uns — ganz nah! Da fühlte ich es zum ersten Mal. Es war wunderbar!"

Genossin B.: „Besonders gern demonstriere ich am 1. Mai. Frühling, Sonne, die Bäume schlagen aus, es ist ein Lüftchen wie Seide — da passiert es denn schon mal."

Ganz nebenbei sind wir hier dem Geheimnis des schwunghaften Zulaufs zur Partei auf die Spur gekommen. Der Heidelberger Studie sei Dank! Und hier die Ausnahme, auf die wir stießen:

Genosse M.: „Ich weiß gar nicht, wovon ihr redet, ich denke immer daran!" Dieser Genosse scheint aus politischen Gründen zur Partei gekommen zu sein.

Erdbeben in Südwestdeutschland
Über die Atomkraftwerke schweigt man lieber

Einen gewaltigen Sachschaden hat das schwere Erdbeben in Südwestdeutschland in der letzten Woche angerichtet. Mehrere Menschen wurden verletzt, an die 300 obdachlos.

„Schnelle und unbürokratische Hilfe" versprach die Landesregierung von Baden-Württemberg. Was die Hausbesitzer und anderen Besitzenden in Baden-Württemberg betrifft, kann man diesem Versprechen auch durchaus Glauben schenken. Denn Schäden, die sie durch Erdbeben erleiden, sind versicherungsmäßig abgedeckt. Keinen Anspruch auf Schadensersatz haben dagegen die Werktätigen für zerstörte Wohnungseinrichtungen, vernichteten Hausrat und demolierte Autos! So zeigt sich auch bei solchen Naturkatastrophen, wie „sozial" doch dieser Staat denkt!

Auffällig übrigens bei der Berichterstattung über das Erdbeben ist: Während die Presse sich spaltenlang über die vom Erdbeben betroffene Hohenzollernburg ausließ, erwähnte sie andere, im Zusammenhang mit dem Erdbeben viel wichtigere Gebäude fast mit keinem Wort. Die Atomkraftwerke in Karlsruhe, Obrigheim und an anderen Stellen dieser Region nämlich. Warum, kann man sich leicht denken. Es ist kaum auszudenken, was geschehen wäre, hätte das Erdbeben nicht nur die alten Mauern der Hohenzollernburg, sondern auch die Wände eines dieser Atomkraftwerke zerrissen! Und noch etwas: Wäre es so weit gekommen, hätte es sich keineswegs um ein „unvorhersehbares" Unglück gehandelt. Denn es ist bekannt, daß der Rheingraben besonders erdbebengefährdet ist. Genauso wie übrigens auch das Kölner Becken. Trotzdem sind beide Regionen bevorzugte Standorte für Atomkraftwerke! Wie heißt es doch immer, wenn es darum geht, die Gegner der Atomkraftwerke zu besänftigen: „Die Sicherheit steht an erster Stelle." Diese Beteuerung stimmt dann, wenn man sie um zwei Wörtchen ergänzt: „Die Sicherheit des Profits steht an erster Stelle." Die Sicherheit der Werktätigen dagegen ist denjenigen, die am Bonner Atomprogramm verdienen, egal.

Sofortige Entschädigung der vom Erdbeben geschädigten Werktätigen! Kampf dem Bonner Atomprogramm!





In Tailfingen rissen Häuserwände ein, über 300 Menschen mußten evakuiert werden (Bild: Evakuierte in der Zolleralbhalle von Tailfingen)

Urlaubserfahrungen:
Dann hieß es: „Alles von Bord! Autos runter!"

Streß, Ausplünderung, Lug und Trug — das war es, was Massen von Erholungsbedürftigen auch in diesem Jahr wieder als „Urlaub" angedreht wurde. Die auf Hochglanzpapier und mit betörenden Fotos verkündete Erfüllung aller Urlaubsträume unter südlicher Sonne endete für einige Urlauber sogar unter den Hieben der Polizei bzw. im Knast. So im griechischen Igoumenitsa.

Wie schamlos Reiseagenturen und Schiffseigner ihre Machtstellung und das Bedürfnis der Bevölkerung nach Erholung nutzen, das zeigen einige Beispiele aus italienischen und griechischen Häfen.

Fall 1: Im italienischen Brindisi, von wo die Fähren nach Griechenland abgehen, lagerten zeitweilig über 400 Urlauber, die bei der Firma „Adriatica-Line" datierte Tickets gebucht hatten, zum Teil bis zu vier Tagen. Die Schiffe waren bereits voll.

Und die Agenturen? Sie verkauften ungeniert weiter ihre Tickets und versprachen hoch und heilig, die Abfahrt sei „noch für heute, spätestens morgen garantiert". Es war Lug und Trug. Um den Zorn der geprellten Urlauber zu dämpfen, wurden dann sogenannte Wartelisten eröffnet. Und wiederum mit einem Versprechen: es würden die fortlaufenden Nummern aufgerufen. Auch das war Anschiß. Das Gedränge am Hafenschalter ging von neuem los.

Und die Polizei? Schritt sie gegen diese Halsabschneiderei ein? Nein, sie spielte den Unwissenden und vertröstete mit: „Von diesen Dingen wissen wir nichts. Haben Sie Geduld!"

Fall 2: Ebenfalls Brindisi. „Cross-Ferry-Line". Obwohl ein Schiff, die Chrysovalandou I, noch nicht mal fertig war und noch auf Werft lag, waren bereits seit Wochen Tickets verkauft worden. Hunderte von Autofahrern lagen trotz datiertem Ticket für Tage fest, bis sie auf andere Schiffe gepfercht wurden. Tage des Wartens, des Auf-dem-Sprung-Seins, der unnötigen Geldausgaben.

Schadensersatzansprüche? In dem Vertrag zum Beispiel, der beim Kauf einer Fahrkarte bei der „Adriatica-Line" zwischen Käufer und Kapitalist automatisch abgeschlossen ist, steht es klar, wo das Recht liegt. Auf Entschädigung besteht kein Anspruch, wenn Schäden entstehen etwa „durch eine Handlung Gottes" oder „Fehler des Kapitäns, des Steuermanns, der Besatzung und des Managements". Was kann den Ganoven da noch geschehen, wenn solche Verträge möglich sind?

Fall 3: Igoumenitsa. „Cross-Ferry-Line". Während der Fahrt vom griechischen Patras nach Italien wurde ein anderes Schiff der „Cross-Ferry-Line", die Chrysovalandou II, von der griechischen Regierung beschlagnahmt. Die Gründe waren nicht genau zu erfahren, aber es sickerte einiges durch von Steuerschulden in Griechenland und unbezahlten Hafengebühren in Italien. Das Schiff mußte in Igoumenitsa vor Anker, für die Urlauber kam die Anweisung: „Alles von Bord, Autos runter."

Da platzte den Passagieren der Kragen. Sie weigerten sich. Die Staatsmacht schritt ein — Polizeieinsatz, Schlagstock, Verhaftungen. Aber die Urlauber ließen in ihrem berechtigten Zorn nicht locker: In einer spontanen Aktion ging zunächst das Büro der „Cross-Ferry-Line" in Flammen auf, dann wurde mit Dutzenden von Autos der Hafen abgeriegelt. Der Hafenbetrieb brach zusammen. Angesichts solcher spontaner Kampfentschlossenheit änderte die griechische Regierung ihre Taktik und schaltete auf Hilfsbereitschaft. Besorgt um ihr demoliertes Ansehen im Ausland und um die Auswirkungen des „Aufstandes" in Igoumenitsa versprach sie ein Entlastungsschiff einzusetzen und verteilte Essens- und Übernachtungsgutscheine.

Alles in Butter? Das versprochene Schiff kam nach vier Tagen!!

Diese Ereignisse mögen so manchem ein Anschauungsunterricht über die Verhältnisse im kapitalistischen System gewesen sein: Geschafft von der Maloche für den Kapitalisten, urlaubsreif, gerät die Masse der Bevölkerung dem nächsten Halsabschneider in die Krallen. Und selbst um den Rückweg zum Arbeitsplatz muß mancher noch kämpfen!

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Allestr. 49, Tel. 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do 16.00-18.30 und Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 14.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/260 75 54

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4 65 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.